
Vorsitz: Polen**1372. PLENARSITZUNG DES STÄNDIGEN RATES**

1. Datum: Donnerstag, 5. Mai 2022 (im Neuen Saal und über Videokonferenz)

Beginn: 10.00 Uhr
Unterbrechung: 12.50 Uhr
Wiederaufnahme: 15.00 Uhr
Schluss: 17.10 Uhr

2. Vorsitz: Botschafter A. Hałaciński

Russische Föderation (Anhang 1), Vorsitz

3. Behandelte Fragen – Erklärungen – Beschlüsse/verabschiedete Dokumente:

Punkt 1 der Tagesordnung: DIE FORTGESETZTE AGGRESSION DER RUSSISCHEN FÖDERATION GEGEN DIE UKRAINE

Vorsitz, Ukraine (Anhang 2), Frankreich – Europäische Union (mit den Bewerberländern Albanien, Montenegro und Nordmazedonien; dem Land des Stabilisierungs- und Assoziierungsprozesses und potenziellen Bewerberland Bosnien und Herzegowina; den Mitgliedern des Europäischen Wirtschaftsraums und EFTA-Ländern Island, Liechtenstein und Norwegen; sowie mit Andorra, Georgien, Moldau, Monaco, San Marino und der Ukraine) (PC.DEL/657/22), Kanada (Anhang 3), Vereinigte Staaten von Amerika (Anhang 4), Schweiz (PC.DEL/643/22 OSCE+), Türkei (Anhang 5), Vereinigtes Königreich (Anhang 6), Lettland (Anhang 7), Georgien (Anhang 8), Island (Anhang 9), Norwegen (PC.DEL/641/22)

Punkt 2 der Tagesordnung: BERICHT DES LEITERS DER OSZE-MISSION IM KOSOVO

Vorsitz, Leiter der OSZE-Mission im Kosovo (PC.FR/7/22 OSCE+), Frankreich – Europäische Union (mit den Bewerberländern Montenegro,

Nordmazedonien und der Türkei; den Mitgliedern des Europäischen Wirtschaftsraums und EFTA-Ländern Island und Liechtenstein; sowie mit Moldau und der Ukraine) (PC.DEL/658/22), Russische Föderation (PC.DEL/646/22 OSCE+), Vereinigte Staaten von Amerika (PC.DEL/639/22), Albanien (PC.DEL/650/22 OSCE+), Schweiz (PC.DEL/644/22 OSCE+), Kanada (auch im Namen von Albanien, Belgien, Bulgarien, Dänemark, Deutschland, Estland, Finnland, Frankreich, Irland, Island, Italien, Kroatien, Lettland, Litauen, Malta, den Niederlanden, Norwegen, Österreich, Schweden, Schweiz, Slowenien, der Tschechischen Republik, dem Vereinigten Königreich und den Vereinigten Staaten von Amerika) (PC.DEL/670/22), Türkei (PC.DEL/662/22 OSCE+), Vereinigtes Königreich, Spanien (Anhang 10), Bosnien und Herzegowina (PC.DEL/654/22 OSCE+), Norwegen (PC.DEL/642/22), Zypern (Anhang 11), Serbien (Anhang 12)

Punkt 3 der Tagesordnung: PRÜFUNG AKTUELLER FRAGEN

- (a) *Fortgesetzte Verbrechen der Ukraine an der Zivilbevölkerung mit Unterstützung einer westlichen Allianz aus OSZE-Teilnehmerstaaten:* Russische Föderation (Anhang 13), Frankreich – Europäische Union, Kanada, Vorsitz
- (b) *77. Jahrestag des Sieges im Zweiten Weltkrieg:* Russische Föderation (auch im Namen von Armenien, Aserbaidschan, Belarus, Bosnien und Herzegowina, Kasachstan, Kirgisistan, Serbien, Tadschikistan, Turkmenistan und Usbekistan) (Anhang 14), Aserbaidschan, Armenien
- (c) *Internationaler Tag der Pressefreiheit:* Russische Föderation (PC.DEL/652/22/Corr.1), Frankreich – Europäische Union, Moldau
- (d) *Anhaltende grobe Verletzungen der Rechte der russischen und russischsprachigen Bevölkerung in einigen westlichen OSZE-Teilnehmerstaaten:* Russische Föderation (PC.DEL/653/22), Frankreich – Europäische Union, Ukraine, Kanada, Deutschland, Schweiz
- (e) *Internationaler Tag der Pressefreiheit am 3. Mai 2022:* Frankreich – Europäische Union (mit den Bewerberländern Albanien, Montenegro und Nordmazedonien; dem Mitglied des Europäischen Wirtschaftsraums und EFTA-Land Island; sowie mit der Ukraine) (PC.DEL/659/22), Deutschland (auch im Namen von Kanada, Dänemark, Estland, Finnland, Frankreich, Griechenland, Lettland, Litauen, Montenegro, den Niederlanden, Norwegen, Österreich, Schweden, dem Vereinigten Königreich und den Vereinigten Staaten von Amerika) (Anhang 15), Ukraine (Anhang 16), Schweiz (PC.DEL/661/22 OSCE+), Russische Föderation, Aserbaidschan, Kasachstan, Türkei (Anhang 17), Turkmenistan, Tadschikistan

Punkt 4 der Tagesordnung: BERICHT ÜBER DIE TÄTIGKEIT DES AMTIERENDEN VORSITZENDEN

- (a) *Besuch des Sonderbeauftragten des Amtierenden Vorsitzenden der OSZE, Botschafter A. Dmochowski, und des OSZE-Sonderbeauftragten für den*

Prozess zur Beilegung der Transnistrien-Frage, Botschafter T. Mayr-Harting, in Moldau: Vorsitz

- (b) *Gespräch zwischen dem Amtierenden Vorsitzenden, S. E. Z. Rau, und dem Minister für Europa und auswärtige Angelegenheiten Frankreichs, S. E. J.-Y. Le Drian, am 28. April 2022: Vorsitz*
- (c) *Treffen des Amtierenden Vorsitzenden, S. E. Z. Rau, mit der Außenministerin Estlands, I. E. E.-M. Liimets, dem Außenminister Lettlands, S. E. E. Rinkēvičs, und dem Außenminister Litauens, S. E. G. Landsbergis, am 29. April 2022 in Riga: Vorsitz*
- (d) *Treffen des Amtierenden Vorsitzenden, S. E. Z. Rau, mit der Generalsekretärin am 5. Mai 2022 in Warschau: Vorsitz*

Punkt 5 der Tagesordnung: BERICHT DER GENERALSEKRETÄRIN

- (a) *Besuch der Generalsekretärin am 5. Mai 2022 in Warschau: Direktor des Büros der Generalsekretärin (SEC.GAL/54/22 OSCE+)*
- (b) *Bekanntgabe der Verteilung eines schriftlichen Berichts der Generalsekretärin (SEC.GAL/54/22 OSCE+): Direktor des Büros der Generalsekretärin*

Punkt 6 der Tagesordnung: SONSTIGES

keine

4. Nächste Sitzung:

Donnerstag, 12. Mai 2022, um 10.00 Uhr im Neuen Saal und über Videokonferenz



Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa
Ständiger Rat

PC.JOUR/1372

5 May 2022

Annex 1

GERMAN

Original: RUSSIAN

1372. Plenarsitzung

StR-Journal Nr. 1372, Punkt 2

ERKLÄRUNG

DER DELEGATION DER RUSSISCHEN FÖDERATION

Herr Vorsitzender,

wir lehnen den ersten Tagesordnungspunkt der heutigen Sitzung des Ständigen Rates erneut ab. Wir beobachten nach wie vor, dass sich der Vorsitz beharrlich weigert, bei der Gestaltung des Arbeitsprogramms dieses wichtigen Beschlussfassungsorgans die gesamte Bandbreite der Meinungen der OSZE-Teilnehmerstaaten zu berücksichtigen, und gleichzeitig die Bestimmungen der Geschäftsordnung der OSZE (Abschnitt IV.1 (C) Absatz 1 und Abschnitt IV.1 (C) Absatz 3) sowie des Ministerratsbeschlusses von Porto 2002 (Absatz 2) missachtet. Dieses Vorgehen ist der Glaubwürdigkeit der Organisation in keiner Weise zuträglich und politisch offenkundig voreingenommen.

Wir fordern den Vorsitz dringend auf, seinen Ansatz zu überdenken.

Ich ersuche, diese Erklärung dem Journal der heutigen Sitzung des Ständigen Rates der OSZE als Anhang beizufügen.

Danke für Ihre Aufmerksamkeit.

1372. Plenarsitzung

StR-Journal Nr. 1372, Punkt 1 der Tagesordnung

**ERKLÄRUNG
DER DELEGATION DER UKRAINE**

Herr Vorsitzender,

vor einer Woche, um 19.21 Uhr Wiener Zeit, wurde Kyjiw von zwei Raketen getroffen.

Dieser Angriff wurde durchgeführt, als der Generalsekretär der Vereinten Nationen und Präsident Selenskyj gerade erörterten, wie dieser Krieg beendet werden kann.

Die Raketen erreichten Kyjiw gerade einmal rund eineinhalb Stunden, nachdem die Sitzung des Ständigen Rates der OSZE vertagt worden war. Sie wurden also möglicherweise abgefeuert, als die Sitzung des Rates noch im Gange war.

Wie sich unsere werten Kolleginnen und Kollegen erinnern werden, hielt der Vertreter Russlands den Diplomatinen und Diplomaten auf dieser Sitzung einen Vortrag über Professionalität und Dialog. Er wird dies sicherlich heute weiter ausführen.

Doch wann immer er dies tut, sollten wir an den hinterlistigen Raketenangriff auf Kijiw denken. War das etwa Russlands Einladung zum Dialog?

War er eine spezielle Botschaft an den Generalsekretär der Vereinten Nationen, nur einen Tag nachdem er in Moskau Wladimir Putin getroffen hatte?

Oder ist er das einzige Argument – ein militärisches Argument –, das die russischen Diplomatinen und Diplomaten für die zivilisierte Welt haben?

Wie dem auch sei, mit diesem abscheulichen Akt der Barbarei und dem täglichen massiven russischen Raketenbeschuss von Objekten ziviler Infrastruktur in der gesamten Ukraine zeigt Russland wieder einmal seine Gesinnung gegenüber der Ukraine, Europa und der Welt, und insbesondere der OSZE.

Wie gewöhnlich behauptete Russland, die Raketenangriffe auf die Ukraine würden mit Präzisionswaffen und gegen militärische und strategische Ziele durchgeführt.

Doch die ganze Welt konnte das zerstörte Wohngebäude im Zentrum Kyjiws sehen. Die Journalistin des Radiosenders „Radio Free Europe/Radio Liberty“ Vira Hyrych wurde getötet, als das Gebäude, in dem sie lebte, von einer Rakete getroffen wurde.

Die russischen Invasoren haben bis heute, in 71 Tagen, über zwanzig ukrainische und ausländische Journalistinnen und Journalisten getötet.

Dennoch fühlt sich die russische Delegation berufen, für das heutige Treffen einen Tagesordnungspunkt vorzuschlagen, der dem Internationalen Tag der Pressefreiheit gewidmet ist.

Doch haben die Russinnen und Russen, nach all dem, was sie dem Journalismus in ihrem Land angetan, und nachdem sie Journalistinnen und Journalisten in der Ukraine buchstäblich getötet haben, das Recht über die Pressefreiheit zu sprechen?

Zweifellos wurde dieser Tagesordnungspunkt für Propagandazwecke eingebracht.

Angesichts dessen sind wir der OSZE-Beauftragten für Medienfreiheit dankbar, die zusammen mit Kolleginnen und Kollegen aus Abuja, Genf und Washington eine gemeinsame Erklärung zu der Invasion in die Ukraine und der Bedeutung der Meinungs- und Informationsfreiheit veröffentlicht hat.

Diese regionenübergreifende Erklärung liefert eine glasklare Analyse des rechtswidrigen Vorgehens von Russland, darunter die Verbreitung von Desinformation und Fehlinformationen, das Schüren von Gewalt und Hass, die Einschränkung der freien Meinungsäußerung, Zensur, bewusste Angriffe auf die Medien- und Internetinfrastruktur der Ukraine, Cyberangriffe und so weiter.

Tatsächlich versucht Russland, das Recht auf freie Meinungsäußerung in der Region zu beseitigen. Dies ist eine Herausforderung, der wir angemessen begegnen müssen.

Liebe Kolleginnen und Kollegen,

endlich liegen die ersten Ergebnisse unserer Evakuierungsoperation aus dem Asowstal-Werk in Mariupol vor.

Große Anstrengungen und lange Verhandlungen waren dafür nötig. Und wir sind besonders unseren internationalen Partnern für ihre harte Arbeit dankbar.

Die ersten 156 Menschen sind in Saporischschja eingetroffen. Frauen und Kinder. Sie haben über zwei Monate in Schutzbauten Zuflucht gesucht.

Und wie Sie sich erinnern werden, drohten Russlands bewaffnete Formationen in den besetzten Gebieten erst vor einem Monat mit dem Einsatz von chemischen Waffen gegen das Asowstal-Werk.

Es befinden sich jedoch noch immer Menschen dort. Wir müssen weiterhin alles dafür tun, diejenigen – Zivilpersonen und Verteidigerinnen und Verteidiger –, die sich noch in Mariupol und dem Asowstal-Werk befinden, herauszubringen.

Ihr Leben ist in Gefahr, denn die Russen setzen ihre massiven Angriffe auf das Asowstal-Werk fort, sie nehmen das Gebiet fortwährend mit Artillerie unter Beschuss und bombardieren es auch massiv aus der Luft.

Muss ich Ihnen erneut in Erinnerung rufen, dass Putin seine Truppen angewiesen hat, das Asowstal-Werk nicht anzugreifen?

Gleichzeitig entführt Russland weiterhin Zivilpersonen, Aktivistinnen und Aktivisten und Vertreterinnen und Vertreter von Kommunalregierungen in den vorübergehend besetzten Gebieten.

Einige von ihnen befinden sich in Gefängnissen und in Zentren für Untersuchungshaft in Kursk, Brjansk, Rjasan und Rostow.

Russland führt Buch über die zivilen Geiseln, darunter Kinder und Frauen.

Es versucht, ukrainische Zivilpersonen gegen russische Militärangehörige auszutauschen.

Das ist ein schwerer Verstoß gegen das humanitäre Völkerrecht.

Doch es erscheint normal für einen terroristischen Staat wie Russland.

In der Zwischenzeit setzt Russland seinen verzweifelten Raketenterror in der gesamten Ukraine fort.

Allein am Abend des 3. Mai wurden aus der kaspischen Raum rund 18 Marschflugkörper auf die Ukraine abgefeuert.

Diese Angriffe zielten auf verschiedene ukrainische Städte in den Regionen Winnyzia, Lwiw, Kyjiw, Odessa, Kirowohrad, Dnipropetrowsk, Saporischja und Sakarpattja.

Acht Regionen – von Ost bis West, von Süd bis Nord.

In der Region Odessa wurde infolge dieses Angriffs ein 14-jähriger Teenager getötet, als er zu seinen älteren Nachbarn lief, um sie zu warnen. Der Junge rettete sie, aber er selbst überlebte nicht.

Russlands Raketenterror darf nicht ungestraft bleiben.

Gleichzeitig zerstört Russland weiter die zivile und kritische Infrastruktur der Ukraine.

Insgesamt wurden bis Ende April rund 24 000 Kilometer an Straßen und 32 Millionen Quadratmeter an Immobilien beschädigt, zerstört oder beschlagnahmt.

Mindestens 535 Kindergärten, 866 Bildungseinrichtungen, 231 medizinische Einrichtungen und 173 Fabriken und Unternehmen wurden infolge der Invasion Russlands zerstört.

Die Liste der beschädigten und zerstörten Einrichtungen umfasst mindestens 75 Verwaltungsgebäude, 277 Brücken und Brückenübergänge, 11 Militärflugplätze, 17 Flughäfen und zwei Häfen.

Das ist das hässliche Gesicht des Vernichtungskriegs.

Parallel dazu verhängt Russland Blockaden für Schifflieferungen aus ukrainischen Häfen, vermint Seewege und zerstört oder stiehlt systematisch landwirtschaftliche Geräte.

In Rubischne in der Region Luhansk wurde ein 2020 errichteter moderner Getreidespeicher mit einer Speicherkapazität von 30 000 Tonnen Getreide von den russischen Invasoren völlig zerstört.

Darüber hinaus hat Russland bereits rund 400 000 Tonnen Getreide aus den besetzten Gebieten, insbesondere aus der Region Cherson, gestohlen.

Sollten wir nun also überrascht sein angesichts russischer Soldaten, die ukrainische Häuser plündern und sogar Toilettenschüsseln stehlen? Plünderung und Zerstörung ist offenbar Teil der staatlichen Politik Russlands.

Die Zwangsenteignung der Ernte von Bauern erinnert an die kriminelle Politik der sowjetischen Regierung, die für die massenhafte, wissentlich herbeigeführte Hungersnot in der Ukraine 1921 – 1923, den Holodomor 1932 – 1933 und die massenhafte, wissentlich herbeigeführte Hungersnot 1946 – 1947 verantwortlich war.

Indem es Getreide stiehlt, stellt sich Russland in die Tradition der Stalinisten.

Natürlich erscheint es vielen unglaublich, dass im heutigen Europa wieder eine Hungersnot auftreten könnte.

Doch das heutige Russland folgt nicht nur den schlimmsten stalinistischen Traditionen.

Russland hat sich mittlerweile völlig darauf versteift, Unsinn zu äußern, der seine barbarische Aggression gegen die Ukraine rechtfertigen soll.

Mit seinen jüngsten antisemitischen Angriffen stellte Minister Lawrow nicht nur die Existenz der ukrainischen Nation, sondern auch des Holocausts in Frage.

Lawrow verunglimpfte absichtlich das Andenken von Millionen von Jüdinnen und Juden, die von den Nazis im Zweiten Weltkrieg getötet wurden.

Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen,

der russische Außenminister und russische Diplomaten stellen auch die manipulative Behauptung auf, niemand hätte den Entwicklungen in der Ukraine vor dem 24. Februar genug Aufmerksamkeit geschenkt.

Nun, ich muss die russische Seite enttäuschen.

Wir haben gearbeitet und werden weiter arbeiten, bis Russland für alle Verbrechen, die es in der Ukraine begangen hat, insbesondere seit 2014 auf der Krim und im Donbass, zur Rechenschaft gezogen wird.

Letzten Samstag übermittelte die Ukraine dem Internationalen Gerichtshof ihre Antwort auf die Gegenschritt Russlands im Fall der Finanzierung des Terrorismus und der Rassendiskriminierung. Dieser Fall wurde dem Gericht 2017 unterbreitet.

Die russische Seite ist sich auch anderer Fälle vor internationalen Gerichten wohl bewusst, die sich mit den Ereignissen seit 2014 befassen, darunter der Internationale Strafgerichtshof.

Und wir werden alles daran setzen, die Gerechtigkeit wiederherzustellen, die Entschädigung der Opfer sicherzustellen und alle Verantwortlichen zur Rechenschaft zu ziehen, auch für neue Kriegsverbrechen.

Nach Angaben der Generalstaatsanwältin der Ukraine werden Fachleute für DNA-Labore und andere notwendige Ausrüstung im Leichenhaus von Butscha an der Identifizierung aller Opfer arbeiten. Bis heute sind 65 Leichen nach dem Massaker von Butscha noch nicht identifiziert.

In Zusammenarbeit mit der Internationalen Kommission für vermisste Personen haben die ukrainischen Staatsanwältinnen und Staatsanwälte bereits die ersten DNA-Proben erhalten, um die Opfer der russischen Kriegsverbrechen in der Siedlung Makariw in der Region Kyjiw zu identifizieren.

Die erste Phase der Untersuchung von Kriegsverbrechen in Irpin ist abgeschlossen, darunter die Inaugenscheinnahme der Tatorte und die Befragung von 228 Zeuginnen und Zeugen. Und auch in anderen Regionen wird die Arbeit fortgesetzt.

Exzellenzen,

wir sind aufrichtig davon überzeugt, dass die OSZE das beste Forum ist, um substantielle Erörterungen über Sicherheit und Frieden in Europa zu führen. Als Opfer der unprovokierten russischen Aggression ist die Ukraine überaus interessiert daran, dass diese Erörterungen stattfinden können.

Und wir sind dem polnischen Vorsitz dankbar für sein Engagement, um die derzeit dringendsten Sicherheits Herausforderungen in Europa anzugehen. Wir sind auch allen Partnern für ihren Einsatz für den Frieden in Europa dankbar.

Doch sehen wir das gleiche Engagement von der russischen Delegation?

Wurde der erneuerte europäische Sicherheitsdialog der OSZE von Russland unterstützt?

Haben russische Diplomateninnen und Diplomaten nicht wiederholt erklärt, dass ihr Land die Ukraine nicht angreifen werde?

Während der russische Vertreter zu einem sachlichen Dialog aufruft, wird das örtliche Personal der Sonderbeobachtermission in der Ukraine in den besetzten Gebieten verfolgt. Ist das etwa keine Erpressung?

Der Außenminister Russlands behauptet weiterhin, dass Russland nicht die Absicht habe, die Ukraine zu besetzen. Doch es tauchen neue Berichte darüber auf, dass die russische Flagge in den Siedlungen der Region Cherson gehisst wird, über Pläne, dort den Rubel einzuführen, und über das Vorhaben, die Regionen Donezk und Luhansk im Mai zu annektieren.

Und können wir wirklich den Versicherungen Russlands Glauben schenken, es setze sich für Stabilität in Transnistrien ein, angesichts der jüngsten Provokationen in der Region und Moskaus fortgesetzter Missachtung der Aufrufe Moldaus, die russischen Truppen samt Munition aus dem Hoheitsgebiet Moldaus bedingungslos abzuziehen?

Wie können wir den Worten der russischen Diplomateninnen und Diplomaten trauen? Verfügen Sie über die nötige Befugnis sich zu äußern? Und wie glaubwürdig sind ihre Erklärungen?

Sind ihnen die tatsächlichen Pläne ihrer Führung bekannt? Oder sind sie schlicht angewiesen, Vorwände für die Militäroperationen zu schaffen und die Kriegsverbrecher reinzuwaschen?

Wenn es Russland mit dem Dialog ernst ist, muss es sein Engagement für den Frieden unter Beweis stellen. Dazu muss Russland sein Vorgehen vor Ort mit seinen in diesem Saal geäußerten Worten in Einklang bringen. Es muss seinen Angriffskrieg beenden und aus allen widerrechtlich besetzten Gebieten abziehen.

Danke, Herr Vorsitzender.

1372. Plenarsitzung

StR-Journal Nr. 1372, Punkt 1 der Tagesordnung

**ERKLÄRUNG
DER DELEGATION KANADAS**

Danke, Herr Vorsitzender.

Diese Woche wurde der Internationale Tag der Pressefreiheit begangen, ein Tag, der die Bedeutung freier und unabhängiger Medien für den Schutz der Menschenrechte und Grundfreiheiten anerkennen soll, die in der Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte verankert sind. Die wesentliche Rolle freier, unabhängiger und vielfältiger Medien für die Förderung von Frieden und Sicherheit wird auch in den OSZE-Verpflichtungen bekräftigt.

Kanada spricht allen Journalistinnen und Journalisten und Medienschaffenden seine Anerkennung aus, die oft mutig unter sehr schwierigen Bedingungen arbeiten müssen, wie wir in den letzten 70 Tagen in der Ukraine und in Russland so anschaulich gesehen haben.

In Russland ist es nicht nur schwierig, sondern auch gefährlich, Journalistin oder Journalist zu sein. Journalistinnen und Journalisten und Medienschaffende werden regelmäßig festgenommen, durchsucht, oder ihre Arbeit wird verboten. Viele wurden körperlich angegriffen, und einige wurden ermordet. Heute sind russische Journalistinnen und Journalisten mit repressiven Gesetzen konfrontiert, die das Konzept der freien Presse in Russland beseitigen sollen. Wie wir alle wissen, wird in Russland jede unabhängige Berichterstattung darüber, was das russische Militär in der Ukraine tatsächlich tut – d. h. über den illegalen Angriffskrieg, den Russland führt, die Gräueltaten, die russische Truppen begehen, die Zerstörung, Plünderung und Brandschatzung, für die Russland verantwortlich ist –, mit 15 Jahren Gefängnis oder mehr bestraft, wenn diese Fakten angesprochen werden.

Das Menschenrechtszentrum Memorial – eine russische zivilgesellschaftliche Organisation, die gestern hier in Wien mit dem „Democracy Defender Award“ für ihre Bemühungen um die Dokumentation von Menschenrechtsverletzungen in Russland ausgezeichnet wurde – wird „liquidiert“, während Putin daran arbeitet, gestützt von seiner Propagandamaschinerie seine totalitäre Herrschaft zu festigen.

Es liegt auf der Hand, dass Putins Vorgehen der Prüfung durch eine freie und unabhängige Presse oder eine lebendige Zivilgesellschaft nicht standhalten kann.

Herr Vorsitzender,

jede Woche scheint die russische Delegation das Bedürfnis zu haben, in ihren Erklärungen darauf hinzuweisen, dass Länder, die die Ukraine militärisch unterstützen, nicht im Einklang mit dem Völkerrecht handeln. Das ist falsch. Dies ist eines der vielen Beispiele für russische Propaganda. Russland ist der Aggressor. Die Ukraine und ihr Volk haben ein in der VN-Charta verankertes Grundrecht auf Selbstverteidigung. Die Länder, die die Ukraine unterstützen, handeln rechtmäßig, indem sie der Ukraine die militärische Unterstützung gewähren, die sie zu ihrer Verteidigung benötigt. Russland macht seinen Krieg gegen die Ukraine nur noch unrechtmäßiger, indem es diese unredlichen Behauptungen über die Hilfe aufstellt, die die Unterstützer der Ukraine mit vollem Recht leisten.

Während die Propagandamaschinerie des Kremls in Russland weiterhin mit falschen Narrativen hausieren geht, wobei sie sowohl erfundene Fakten aus dem Hut zaubert als auch die Realität verschleiert, muss man sich darüber im Klaren sein, dass Propaganda der Rechenschaftspflicht niemals im Wege stehen wird. Die Tausenden von Opfern unter der Zivilbevölkerung, darunter viele Kinder und ältere Menschen, die Massengräber, die von Satellitenbildern erfasst und von Ermittlern aufgedeckt wurden, der illegale Einsatz von Minen, Zwangsdeportationen, Berichte und Schilderungen der Opfer von Vergewaltigungen und sexueller Gewalt, Angriffe auf die zivile Infrastruktur – all das sind harte Fakten. Die Beweise für die Forderung nach Gerechtigkeit und Rechenschaft sind überwältigend. Und Russland wird für die Verwüstung und Aggression in der Ukraine zur Rechenschaft gezogen werden.

Darüber hinaus werden Berichte über die Unterdrückung der ukrainischen Sprache, die Zwangsdeportation von Ukrainerinnen und Ukrainern, darunter mehr als hunderttausend Kinder, die Bestrebungen, die ukrainische Kultur und Identität zu verleugnen und zu verunglimpfen, die Spaltung des ukrainischen Hoheitsgebiets durch Scheinreferenden und die erzwungene Umstellung auf den Rubel als Zahlungsmittel in den von Russland besetzten Gebieten völkerrechtlich untersucht und nicht durch die Brille der russischen Propagandareden und -abhandlungen betrachtet werden, in denen versucht wird, all diese Maßnahmen zu rechtfertigen.

Herr Vorsitzender,

der 9. Mai rückt näher, ein wichtiges Datum für das russische Volk, ein Datum, das an das Ende eines brutalen Krieges gegen den Nazismus erinnert. Die russischen Menschen sollten stolz auf ihre Vorfahren sein, die dieses historische Übel bekämpft und besiegt haben. Den russischen Militäraktionen in der Ukraine am 9. Mai jedoch „Ehre zu erweisen“, ist nicht nur eine verabscheuungswürdige Aufwertung von Kriegsverbrechen, sondern erweist auch dem Gedenken an die russischen Soldaten, die gegen die Nazis gekämpft haben und im Zweiten Weltkrieg gefallen sind, einen Bärendienst.

Wir fordern Russland auf, seine Truppen unverzüglich abzuziehen, die territoriale Integrität und Souveränität der Ukraine zu achten und diesen sinnlosen Krieg zu beenden.

Ich danke Ihnen, Herr Vorsitzender, und ersuche, diese Erklärung dem Journal des Tages beizufügen.

1372. Plenarsitzung

StR-Journal Nr. 1372, Punkt 1 der Tagesordnung

**ERKLÄRUNG
DER DELEGATION DER VEREINIGTEN STAATEN VON AMERIKA**

Danke, Herr Vorsitzender.

In den vergangenen zehn Wochen hat die Welt mit Entsetzen beobachtet, wie die russischen Streitkräfte in der Ukraine Gräueltaten von unsagbarer Brutalität begangen haben. Hinter jeder gemeldeten Hinrichtung oder Vergewaltigung steht ein schweres Verbrechen von äußerster Brutalität und Abscheulichkeit. Doch diese Taten sind bei den russischen Soldaten keine Einzelfälle. Wir haben von den Expertinnen und Experten im Rahmen des Moskauer Mechanismus gehört, dass die russischen Streitkräfte vielmehr nach einem eindeutigen Muster gegen das humanitäre Völkerrecht verstoßen. Mit jedem Tag wird dieses Muster deutlicher.

Herr Vorsitzender,

es besteht eindeutig ein Zusammenhang zwischen der entmenslichenden Rhetorik der russischen Regierung und ihrer Vertreterinnen und Vertreter, einschließlich derer, die in diesem Rat sitzen, und den Gräueltaten, die von den russischen Soldaten in der Ukraine begangen werden.

Die Rhetorik, die wir immer wieder von Vertreterinnen und Vertretern Russlands hören, spricht der Ukraine ab, sich historisch oder kulturell von Russland zu unterscheiden oder ein Existenzrecht als souveräner, unabhängiger Nationalstaat zu haben. Sie versucht, die Idee einer ukrainischen Identität auszulöschen, und das ukrainische Volk wird mit den übelsten Begriffen beschrieben.

Erstens behauptet der Kreml, dass die Ukraine ein künstliches Konstrukt sei, dass Ukrainer und Russen angeblich „ein Volk“ seien und dass die Souveränität der Ukraine nur als Teil der Russischen Föderation möglich sei. Der russische Präsident Putin hat genau diese Punkte vor einigen Monaten in einer Abhandlung niedergeschrieben.

Dann behauptet die russische Regierung, dass diese nationale Identität mit dem Nationalsozialismus gleichzusetzen sei, und versucht, die russische Bevölkerung davon zu überzeugen, dass die ukrainische Nation – *per definitionem* – einen Völkermord an den Russen anstrebe. Wir haben diese rhetorischen Mittel in der Geschichte schon zuvor gesehen.

Und diese Hassrede wird von russischen Regierungsvertreterinnen und -vertretern und staatlichen Medien in Wiederholungsschleife verbreitet. In einem Anfang April von RIA Nowosti veröffentlichten Artikel wurde schon allein die Existenz einer unabhängigen Ukraine als „Nazismus“ bezeichnet. Wenn alle Ukrainerinnen und Ukrainer – auch Kinder – Nazis sind, dann stellen Sie sich einmal vor, was für einen Freibrief das für die russischen Soldaten an der Front bedeutet. Einen Freibrief, der jede Woche in diesem Rat ausgestellt wird.

Bei mehreren Gelegenheiten hat die russische Führung auch die absurde Behauptung aufgestellt, die ukrainische Führung sei drogenabhängig. Drogenkonsum, so argumentieren sie, sei die verkommene Begleiterscheinung einer offenen, demokratischen, westlichen Gesellschaft. Der Feind nehme also Drogen. Offensichtlich lächerlich, aber so wird es gesagt.

Jedes Mal, wenn der Vertreter Russlands in diesem Rat das ukrainische Volk als „Nazis“ bezeichnet, bezieht er sich nicht auf die faschistische Ideologie, sondern verwendet den Begriff „Nazi“ als Code für Untermenschen. Ein russischer Politiker drückte dies wie folgt aus, und es lohnt sich, ihn zu zitieren: „Wir kämpfen nicht gegen Menschen, sondern gegen Feinde ... nicht gegen Menschen, sondern gegen Ukrainer.“ Halten Sie inne und denken Sie darüber nach.

Es ist ein beängstigendes Unterfangen, einem ganzen Volk die Menschlichkeit abzusprechen und es außerhalb des moralischen Verhaltenskodex zu stellen. Die von den russischen Streitkräften begangenen Gräueltaten gegen das ukrainische Volk sind das verwerfliche Ergebnis dieser entmenschlichenden Desinformation, die Russlands Wehrpflichtigen, ja allen russischen Bürgerinnen und Bürgern, seit Jahren eingetrichtert wird.

Die Überlebenden der russischen Gräueltaten und anderer Misshandlungen in der Ukraine haben wiederholt darauf hingewiesen, dass sich die russischen Soldaten bei ihren Verbrechen auf den Nazismus beriefen. Iryna Abramova erinnerte sich an den Morgen des 5. März, als ein russischer Kommandant ihren Mann Oleh auf die Straße beorderte. Er fragte: „Wo sind die Nazis?“ Als Iryna ihm sagte, dass es keine Nazis gebe, antwortete der Kommandant: „Wir sind hierher gekommen, um zu sterben, und unsere Frauen warten auf uns, und ihr habt diesen Krieg begonnen. Ihr habt diese Nazi-Regierung gewählt.“ Dann forderten sie Oleh auf, sich hinzuknien, befahlen ihm, sein Hemd auszuziehen, und schossen ihm aus nächster Nähe in den Kopf. Als sie daran zurückdachte, konnte Iryna nicht anders, als fassungslos festzustellen: „Aus irgendeinem Grund liebten sie das Wort Nazi.“

Der russische Staat ist so sehr von seinem eigenen perversen Narrativ eingenommen, dass, wie mein ukrainischer Kollege hervorhob, sein Außenminister diese Woche so weit ging zu behaupten, Präsident Selenskyj sei ein Antisemit, alles in dem Versuch, ein Land zu verunglimpfen, das in freien Wahlen einen jüdischstämmigen Präsidenten gewählt hat – und einen russischen Muttersprachler, wie ich hinzufügen möchte – mit der absurden Behauptung, dies sei eine Manifestation des Nazismus. Das russische Außenministerium ging sogar so weit, eine öffentliche Abhandlung zu veröffentlichen, in der Selenskyj als demokratisch gewählter Präsident der Ukraine mit Juden verglichen wurde, die während des Holocausts mit den Nazis kollaborierten. Als die israelische Regierung eine Entschuldigung verlangte, beschuldigte Russland Israel – jawohl, Israel –, Neonazis zu unterstützen. Auch wenn die entmenschlichenden Lügen des Kremls über den Nazismus und die Ukraine für uns alle in diesem Rat offensichtlich absurd sind, sollen sie eindeutig auf eine groteske Schlussfolgerung

hinauslaufen, nämlich dass wer auch immer die Legitimität des ukrainischen Staates und die eigenständige Identität und den Willen des ukrainischen Volkes anerkennt – mit anderen Worten: wer auch immer eine souveräne, demokratische, inklusive und unabhängige Ukraine unterstützt – irgendwie zwingend auch Nazis unterstütze. Diese verdrehte Logik macht nicht einmal vor der israelischen Regierung Halt.

Herr Vorsitzender,

die entmenslichenden Lügen des Kremls sind nicht nur der Ursprung seiner Gräueltaten, sie sind auch die Grundlage für das Programm des Kremls zur Unterdrückung der ukrainischen Kultur und Identität. Wie wir in den letzten Tagen berichtet haben, haben wir Grund zu der Annahme, dass die Russische Föderation plant, in den kommenden Wochen oder Monaten zu versuchen, die so genannten „Volksrepubliken“ Donezk und Luhansk gewaltsam zu annektieren, und dass Moskau eine ähnliche Operation für Cherson erwägt. Russland hat die Schulen in den von ihm kontrollierten Gebieten in der Region Cherson gezwungen, den russischen Lehrplan zu übernehmen. Es hat die lokale Bevölkerung gezwungen, den russischen Rubel zu verwenden. Es hat das Internet und die Mobilfunkverbindungen gekappt, um eine zuverlässige und sachliche Kommunikation zu verhindern. Es hat auch begonnen, die Namen von Städten und Dörfern in den von ihm kontrollierten Gebieten zu ändern.

Im Laufe der Geschichte haben wir gesehen, wie die Gefahren einer entmenslichenden Propaganda ausgenutzt wurden, um eine quasi ideologische Rechtfertigung für die abscheulichsten Vorhaben zu liefern. Das jüngste Beispiel sind Berichte über „Filtrationslager“, aus denen ukrainische Bürger nach Russland zwangsumgesiedelt werden sollen.

Herr Vorsitzender,

trotz der brutalen Aggression Russlands wissen die Menschen in der Ukraine, wer sie sind. Keine noch so große Menge an Lügen oder entmenslichender Desinformation seitens des Kremls wird daran etwas ändern. Keine Kugeln, keine Granaten oder Raketen können die Ukraine jemals aus den Herzen der Menschen vertreiben.

Danke, Herr Vorsitzender. Ich ersuche um Beifügung dieser Erklärung zum Journal des Tages.

1372. Plenarsitzung

StR-Journal Nr. 1372, Punkt 1 der Tagesordnung

**ERKLÄRUNG
DER DELEGATION DER TÜRKEI**

Herr Vorsitzender,

die Ukraine ist nach wie vor das Epizentrum einer schweren humanitären Krise, die auf die ungerechtfertigte und unprovokierte Aggression der Russischen Föderation zurückzuführen ist.

Trotz aller diplomatischen Bemühungen, diesen Krieg zu beenden, nehmen die Verluste an Menschenleben und die massive Zerstörung der ukrainischen Städte weiter zu und verschlimmern sich von Tag zu Tag. Millionen Menschen benötigen dringend humanitäre Hilfe. Tausende Zivilistinnen und Zivilisten benötigen lebensrettende Hilfe. Viele ältere Menschen müssen medizinisch versorgt werden.

Wie wir auch letzte Woche betont haben, hat die Evakuierung der Zivilbevölkerung Vorrang. Wir verfolgen die Entwicklungen im Zusammenhang mit den Evakuierungsbemühungen aus Mariupol aufmerksam. Unter den derzeitigen Umständen ist es äußerst wichtig, die Arbeit der Organisationen der Vereinten Nationen im humanitären Bereich in der Ukraine zu erleichtern.

Die Rettung von Menschenleben muss an erster Stelle stehen. Die Alternative zu einer Verhandlungslösung ist ein langwieriger Krieg. In diesem Sinne wird die Türkei weiterhin diplomatische Gespräche fördern und die tragischen humanitären Folgen dieses Krieges lindern. Daher hoffen wir, dass die Dynamik des Treffens in Istanbul erhalten bleibt. Dies würde allen Beteiligten zugute kommen.

Die Türkei ist bereit, im Rahmen ihrer Möglichkeiten jede Hilfe zu leisten und jede Unterstützung anzubieten, einschließlich Vermittlung und Erleichterung. Unser Ziel war es stets, Frieden, Stabilität und Wohlstand in unserer Region zu sichern.

Ich möchte bekräftigen, dass die Türkei nachdrücklich die Wahrung der Souveränität, der politischen Einheit und der territorialen Integrität der Ukraine innerhalb ihrer international anerkannten Grenzen, einschließlich ihrer Hoheitsgewässer, unterstützt.

Abschließend wiederhole ich unsere Forderung nach der sofortigen Freilassung der noch inhaftierten Mitglieder der Sonderbeobachtermission in der Ukraine.

Herr Vorsitzender, ich ersuche höflich darum, unsere Erklärung dem Journal des Tages beifügen zu lassen.

1372. Plenarsitzung

StR-Journal Nr. 1372, Punkt 1 der Tagesordnung

**ERKLÄRUNG
DER DELEGATION DES VEREINIGTEN KÖNIGREICHS**

Danke, Herr Vorsitzender.

Seit Russlands illegaler und unprovoked Invasion in der Ukraine am 24. Februar werden wir Woche für Woche Zeuge der Brutalität des russischen Vorgehens.

Die Russische Föderation hat vergeblich versucht, ihren Krieg zu legitimieren. Dies gilt auch für die Stadt Cherson im Süden, wo Russland versucht hat, seine Kontrolle über die Stadt und die umliegenden Gebiete durch die Einsetzung einer kremelfreundlichen Verwaltung zu behaupten. Bisher hat diese Verwaltung eine Rückkehr unter ukrainische Kontrolle für „unmöglich“ erklärt und angekündigt, ab dem 1. Mai nach einer viermonatigen Übergangsfrist den russischen Rubel als Währung einzuführen. Diese Äußerungen sind wahrscheinlich ein Hinweis auf die Absicht Russlands, langfristig einen starken politischen Einfluss in Cherson auszuüben.

Wir sind außerdem entsetzt über Berichte, wonach Russland beabsichtigt, in der Oblast Cherson die Abhaltung eines Referendums zu inszenieren, um einen Vorwand für die Festigung seiner Kontrolle über das Gebiet zu schaffen. Das haben wir 2014 beobachtet, als Russland ein unrechtmäßiges Referendum über den Beitritt der Krim zur Russischen Föderation abhielt, um seine Besetzung der Halbinsel nachträglich zu rechtfertigen. Dieses sogenannte Referendum wurde in einem stark militarisierten Umfeld durchgeführt und war nach der ukrainischen Verfassung eindeutig rechtswidrig.

Die internationale Gemeinschaft weigerte sich 2014, das Ergebnis auf der Krim anzuerkennen. Wir müssen weiterhin jedes Referendum verurteilen, das Russland auf ukrainischem Boden unrechtmäßig durchzuführen versucht. Die Bevölkerung von Cherson hat tapfer ihren souveränen Willen zum Widerstand und zum Verbleib in der Ukraine unter Beweis gestellt. Wir stehen nach wie vor voll und ganz hinter dem Recht des ukrainischen Volkes, seine Zukunft selbst zu bestimmen.

Wie meine Außenministerin letzte Woche in ihrer Rede im Mansion House dargelegt hat, brauchen wir einen neuen Ansatz, der harte Sicherheit und wirtschaftliche Sicherheit miteinander verbindet, der stärkere globale Bündnisse schafft und in dem freie Nationen

selbstbewusster und selbstsicherer auftreten. Deshalb müssen wir unsere Unterstützung für die Ukraine verstärken.

In diesem Zusammenhang wird das Vereinigte Königreich die Ukraine gemeinsam mit seinen Partnern weiterhin mit Waffen, Finanzmitteln und humanitärer Hilfe versorgen. Wir werden diese auf Ersuchen der ukrainischen Regierung weiterhin zur Verfügung stellen. Wir haben 220 Millionen Pfund an humanitärer Hilfe bereitgestellt. Bis heute haben wir außerdem über 90 000 Lebensmittelpakete, über 10 Paletten mit medizinischer Ausrüstung, mehr als 3 000 Schutzwesten, über 80 000 Helme und vieles mehr, einschließlich Kommunikationsausrüstung, verschickt. Wir haben auch Panzerabwehrraketen, Flugabwehrsysteme und Antistrukturmunition geliefert.

Am 3. Mai kündigte das Vereinigte Königreich an, dass es ein neues Militärhilfepaket im Wert von 300 Millionen Pfund bereitstellen wird, um die laufende Verteidigung der Ukraine gegen die illegale Invasion Russlands zu unterstützen. Das Paket umfasst Ausrüstung für die elektronische Kampfführung, ein Radarsystem zur Artilleriebekämpfung, GPS-Störgeräte und Tausende von Nachtsichtgeräten.

Außerdem schicken wir eine Flotte von gepanzerten Schutzfahrzeugen in die Ukraine, um Zivilpersonen aus den beschossenen Gebieten in der Ostukraine sicher zu evakuieren. Die Fahrzeuge werden auch für den Transport von Vertreterinnen und Vertretern ukrainischer Ministerien zu provisorischen Kommandoposten, die für die Regierungsarbeit eingerichtet wurden, und den Wiederaufbau wichtiger Infrastruktur, wie z. B. der Energieversorgung, in belagerten Gebieten eingesetzt. Die ukrainische Polizei und die Nationalgarde werden die Flotte auch für den Wiederaufbau wichtiger Eisenbahnlinien im Osten der Ukraine einsetzen.

Herr Vorsitzender,

wir leisten diese Unterstützung, weil der Sieg der Ukraine für uns alle ein strategisches Gebot ist. Unsere kollektive Sicherheit ist durch das Vorgehen Russlands bedroht. Und wir werden die Ukraine so lange unterstützen, bis wir unser langfristiges Ziel erreicht haben: dafür zu sorgen, dass es niemand mehr wagt, die Ukraine anzugreifen.

Um es mit den Worten meines Premierministers zu sagen, als er Anfang dieser Woche vor dem ukrainischen Parlament sprach: Es geht hier um die ukrainische Demokratie gegen die Tyrannei von Präsident Putin. Es geht um Freiheit oder Unterdrückung. Es geht auch um Recht und Unrecht. Und deshalb muss die Ukraine gewinnen.

Danke. Ich bitte Sie, diese Erklärung dem Journal des Tages beifügen zu lassen.

1372. Plenarsitzung

StR-Journal Nr. 1372, Punkt 1 der Tagesordnung

**ERKLÄRUNG
DER DELEGATION LETTLANDS**

Danke, Herr Vorsitzender.

Lettland schließt sich der Erklärung der Europäischen Union vollinhaltlich an, gestatten Sie mir jedoch, einige Anmerkungen in meiner Eigenschaft als Vertreterin meines Landes hinzuzufügen.

Diese Woche, am 8. Mai, begehen wir den Jahrestag des Endes des Zweiten Weltkriegs. Sind der Zweite Weltkrieg und seine Gräueltaten an diesem Tag für alle zu Ende gegangen? Für viele war das so, und das müssen wir in der Tat feiern.

Mit „wir“ meine ich die Länder, die, unabhängig davon, auf welcher Seite sie im Zweiten Weltkrieg standen, am 8. Mai das Ende dieses Krieges feiern oder ihm gedenken. Und die meisten Alliierten, die den Zweiten Weltkrieg gewonnen haben, feiern das Ende des Krieges tatsächlich am 8. Mai.

Aber natürlich ist das Ende des Zweiten Weltkriegs kein Thema und schon gar keine aktuelle Frage, die im Ständigen Rat erörtert werden sollte – es gibt nichts Aktuelles an einem Ereignis, das Jahrzehnte zurückliegt. Der Grund, warum wir uns mit der Geschichte beschäftigen, ist jedoch, dass wir aus den Fehlern, die wir begangen haben, lernen wollen, um sie nicht zu wiederholen.

Leider tut Russland mit Hilfe von Belarus genau das Gegenteil.

Die Gräueltaten des Zweiten Weltkriegs endeten nicht nur für die Länder, die nach dem 8. Mai 1945 unter russischer Besatzung blieben, keineswegs, sondern Russland setzt diese Gräueltaten auch heute noch fort – in der Ukraine.

Filtrationslager, außergerichtliche Tötungen, gewaltsames Verschwindenlassen, Folter, Deportationen.

Wie es der werte Vertreter der Vereinigten Staaten von Amerika, S. E. M. Carpenter auf der Sitzung des Ständigen Rates letzte Woche (und ähnlich auch heute) ausdrückte, als er sich auf Berichte über von Russland eingerichtete „Filtrationslager“ bezog: „Kolleginnen und

Kollegen, was in diesen Berichten beschrieben wird, weckt grausame Erinnerungen an eine vergangene Zeit.“

Am 8. Mai 1945 wurden ein bestimmtes Regime und bestimmte Länder besiegt, leider jedoch nicht die Ideen, die den Gräueltaten während des Zweiten Weltkriegs zugrunde lagen. Sie bestanden und bestehen immer noch fort – in einer neuen Definition. Nach dem Zweiten Weltkrieg wurde eine neue Definition für die Gräueltat geschaffen, die unter dem neu geprägten Begriff „Völkermord“ bekannt wurde. 1948 wurde die Konvention über die Verhütung und Bestrafung des Völkermordes verabschiedet, die 1951 in Kraft trat.

Gestern stellten die Professorin Bílková und die Professoren Benedek und Sassòli bei der Anhörung der U.S. Helsinki Commission zu Russlands Kriegsverbrechen in der Ukraine den Bericht des Moskauer Mechanismus der OSZE vor. Timothy Snyder, Professor für Geschichte an der Universität Yale, kam bei der Anhörung zu dem Schluss, dass alle fünf Handlungen, die gemäß der Völkermordkonvention den Tatbestand des Völkermords erfüllen, von Russland in der Ukraine begangen wurden, was durch Zeugenaussagen und den Bericht nach dem Moskauer Mechanismus selbst bestätigt wird.

Professor Snyder wies auch darauf hin, dass Russlands Reduzierung der Sprache des Zweiten Weltkriegs auf eine Art Hassrede, indem es seine Opfer in der Ukraine als „Nazis“ bezeichnet, an sich schon ein weiteres Element einer völkermörderischen Politik ist.

Ich wünschte, wir könnten in dieser Woche nicht nur das Ende des Zweiten Weltkriegs feiern, sondern auch das Ende all der Gräueltaten, von denen wir heute wissen, dass sie während dieses Krieges geschehen sind.

Leider wird dies nicht der Fall sein werden.

Diejenigen von uns, die die freien und unabhängigen Medien schätzen, Zugang zu ihnen haben und von ihnen profitieren können, sehen jeden Tag in den Nachrichten, dass Russland in der Ukraine weiterhin solche Gräueltaten verübt.

Aber mit der Medienfreiheit ist es wie mit dem 8. Mai – sie wird nicht von allen gefeiert.

Ich danke Ihnen, Herr Vorsitzender, und bitte Sie, diese Erklärung dem Journal des heutigen Tags beifügen zu lassen.

1372. Plenarsitzung

StR-Journal Nr. 1372, Punkt 1 der Tagesordnung

**ERKLÄRUNG
DER DELEGATION GEORGIENS**

Herr Vorsitzender,

wir schließen uns der Erklärung der Europäischen Union an. Ich möchte ihr im Namen meines Landes noch einige Anmerkungen hinzufügen.

Der unprovokierte und ungerechtfertigte Angriffskrieg Russlands gegen die Ukraine geht nun in seinen dritten Monat, und ein Ende des verheerenden menschlichen Leids und der Zerstörung scheint nicht in Sicht zu sein. Neben den schweren Kämpfen im Donbass haben die russischen Streitkräfte in den letzten Tagen wiederholt koordinierte Raketenangriffe auf Lwiw, Kyjiw, Odessa, Winnyzja und andere ukrainische Städte gestartet und damit weiteren Schaden angerichtet.

Wir verurteilen erneut aufs Schärfste die massiven Menschenrechtsverletzungen und Verstöße gegen das humanitäre Völkerrecht durch die Besatzungstruppen und fordern, dass die Verantwortlichen für diese abscheulichen Verbrechen zur Rechenschaft gezogen werden. Wir sind nach wie vor besorgt angesichts der Berichte über anhaltende Zwangsdeportationen von Ukrainerinnen und Ukrainern nach Russland, darunter auch Kinder, über Tötungen, Folter, Vergewaltigungen, Entführungen, gewaltsames Verschwindenlassen und andere ungeheuerliche Menschenrechtsverletzungen.

Obschon wir die Evakuierung von über 150 Zivilpersonen aus dem Stahlwerk Asowstal in Mariupol unter Beteiligung der Vereinten Nationen und des Internationalen Komitees vom Roten Kreuz begrüßen, sind wir der Ansicht, dass diese Bemühungen unvermindert fortgesetzt werden sollten, um vielen anderen Menschen, darunter auch Kindern, zu helfen, die in den vom Krieg betroffenen Gebieten festsitzen.

Herr Vorsitzender,

wir sind besorgt angesichts der Berichte über die sogenannte Beschlagnahme von Ernten der Bauern in den besetzten Gebieten durch die russischen Streitkräfte. Zusammen mit der anhaltenden Blockade von Lieferungen aus ukrainischen Häfen stellen diese Maßnahmen eine weitere Belastung für die weltweite Ernährungssicherheit dar, die laut den Vereinten Nationen durch diesen Krieg ohnehin bereits gefährdet ist.

Herr Vorsitzender,

wir fordern Russland auf, seine Aggression unverzüglich einzustellen, der Anordnung des Internationalen Gerichtshofs Folge zu leisten und alle seine Streitkräfte und Waffen aus dem Hoheitsgebiet der Ukraine abziehen.

Abschließend möchte ich die unerschütterliche Unterstützung Georgiens für die Unabhängigkeit, Souveränität und territoriale Integrität der Ukraine innerhalb ihrer international anerkannten Grenzen, einschließlich der Krim und des Donbass, sowie für die Schifffahrtsrechte der Ukraine in ihren Hoheitsgewässern, bekräftigen.

Ich danke Ihnen, Herr Vorsitzender, und bitte höflich um Beifügung dieser Erklärung zum Journal des Tages.

Danke.

1372. Plenarsitzung

StR-Journal Nr. 1372, Punkt 1 der Tagesordnung

**ERKLÄRUNG
DER DELEGATION ISLANDS**

Obschon sich Island der Erklärung der Europäischen Union vollinhaltlich anschließt, möchte ich im Namen meines Landes noch einige Anmerkungen hinzufügen.

Island verurteilt den von der Russischen Föderation gegen die Ukraine geführten Angriffskrieg aufs Schärfste. Diese vorsätzliche Invasion Russlands hat dem ukrainischen Volk unvorstellbares Leid zugefügt, eine humanitäre Katastrophe ausgelöst und mehr als 5,5 Millionen Menschen zur Flucht aus der Ukraine gezwungen und fast 8 Millionen Menschen zu Binnenvertriebenen gemacht. Sie untergräbt die internationale Rechtsstaatlichkeit und gefährdet die Sicherheit auf globaler Ebene.

Russland hat versucht, seinen Verstoß gegen das in der Charta der Vereinten Nationen verankerte Verbot der Anwendung von Gewalt durch die Verdrehung der Wahrheit, Propaganda und eine umfassende Desinformationskampagne zu rechtfertigen – auch in diesem Saal.

Lassen Sie es uns deutlich sagen: die internationale Gemeinschaft durchschaut diese Lügen. Wir haben die Aggression Russlands, die unsäglichen Gräueltaten in ukrainischen Städten und Gemeinden und die fortgesetzten schweren Verletzungen des humanitären Völkerrechts und der Menschenrechte durch die Russische Föderation miterlebt, wie z. B. den unterschiedslosen Beschuss, den nachweislich erfolgten Einsatz von Vergewaltigungen als Kriegswaffe und die Zerstörung der Umwelt.

Wir wurden Zeugen unaussprechlicher Ungeheuerlichkeiten, die sich niemand von uns je hätte vorstellen können.

Island unterstützt voll und ganz den Einsatz aller verfügbaren internationalen Mechanismen, Mittel und Maßnahmen, einschließlich der unverzüglichen Untersuchung von Kriegsverbrechen in der Ukraine, um sicherzustellen, dass die Verantwortlichen für die brutalen Verbrechen und Verstöße gegen das humanitäre Völkerrecht, die während des ungerechtfertigten Einmarsches Russlands in die Ukraine begangen wurden, zur Rechenschaft gezogen werden. Mithilfe des Moskauer Mechanismus konnten wir Beweise zusammentragen, wertvolle Daten dokumentieren und wichtige Fakten zweifelsfrei feststellen.

Russland wird zur Rechenschaft gezogen werden.

Wir würdigen die Arbeit aller Akteure, die die unglaublich wichtige und manchmal gefährliche Aufgabe haben, die Geschehnisse in der Ukraine zu dokumentieren, zu untersuchen und darüber zu berichten, darunter Journalistinnen und Journalisten und Medienschaffende.

Die Medienfreiheit ist untrennbar mit dem allgemeinen Recht auf Meinungsfreiheit und freie Meinungsäußerung verbunden. Dieses Recht ist das Herzstück demokratischer Gesellschaften und wird durch unsere zentralen Menschenrechtsdokumente geschützt und in OSZE-Dokumenten verankert. Wie der Generalsekretär der Vereinten Nationen, António Guterres, am Internationalen Tag der Pressefreiheit sagte: „Ohne Pressefreiheit gibt es keine Freiheit.“

Die Russische Föderation hat den Zugang zu Informationen innerhalb ihrer Grenzen blockiert und schränkt damit die Möglichkeit der Bürgerinnen und Bürger ein, Informationen über den Krieg zu erhalten, den ihre Regierung gegen die Ukraine führt. Um Reporter ohne Grenzen zu zitieren: „Seit dem Einmarsch Russlands in die Ukraine im Februar 2022 sind fast alle unabhängigen Medien verboten, blockiert und/oder zu ‚ausländischen Agenten‘ erklärt worden. Alle anderen unterliegen der militärischen Zensur“.

Wir sind zutiefst besorgt über die massive Einschränkung der Meinungsfreiheit und die Bedrohung ihrer persönlichen Sicherheit, der Journalistinnen und Journalisten in der Russischen Föderation ausgesetzt sind. Ihnen drohen 15 Jahre Gefängnis, wenn sie die Wahrheit darüber berichten, was die russischen Streitkräfte in ihrem Namen begehen.

Das ist nicht hinnehmbar. Die Situation, die Russland innerhalb und außerhalb seiner Grenzen geschaffen hat, ist nicht hinnehmbar.

Lassen Sie uns auch noch einmal die wichtige Rolle der Frauen hervorheben. Eine der wichtigsten Erkenntnisse der am 4. Mai veröffentlichten Gender-Schnellanalyse von UN Women zur Lage in der Ukraine ist, dass Frauen bei der humanitären Reaktion eine entscheidende Rolle spielen, aber nicht in vollem Umfang an der Entscheidungsfindung beteiligt sind. Wir wiederholen, dass sich dies ändern muss, und ich zitiere Generalsekretär Guterres: „Frauen müssen in die Entscheidungsprozesse im Zusammenhang mit humanitären Bemühungen, Friedensstiftung und anderen Bereichen, die ihr Leben direkt betreffen, einbezogen werden.“

Wir fordern Russland nachdrücklich auf, seine Truppen abzuziehen, diesen Krieg zu beenden und seine internationalen Verpflichtungen in vollem Umfang zu erfüllen. Eine weitere Eskalation kann und darf es nicht geben.

Ich bitte Sie, Herr Vorsitzender, meine Erklärung dem Journal des Tages beizufügen.

Danke.



1372. Plenarsitzung

StR-Journal Nr. 1372, Punkt 2 der Tagesordnung

ERKLÄRUNG
DER DELEGATION SPANIENS

Herr Vorsitzender,

Spanien schließt sich der Erklärung der Europäischen Union zu diesem Punkt der Tagesordnung an und möchte erneut seine Unterstützung für die wichtige Arbeit zum Ausdruck bringen, die von der OSZE-Mission im Kosovo zusammen mit anderen internationalen Institutionen, die auf dem Gebiet des Kosovo tätig sind, geleistet wird. Wir möchten auch Botschafter Michael Davenport für seine Ausführungen und seinen Tätigkeitsbericht danken und ihm unsere Anerkennung für die Arbeit aussprechen, die er zusammen mit seinem Team geleistet hat.

Herr Vorsitzender,

wie andere Teilnehmerstaaten erkennt Spanien das Gebiet des Kosovo nicht als Staat an und ist der Auffassung, dass jede Aktivität in Bezug auf die OSZE-Mission im Kosovo unter Einhaltung der Resolution 1244 (1999) des Sicherheitsrats der Vereinten Nationen als Referenzrahmen erfolgen sollte.

Der Fortschritt bei dem von der EU unterstützten Dialog zwischen Belgrad und Priština ist eine unerlässliche Voraussetzung dafür, dass beide Seiten auf ihrem jeweiligen Weg in Richtung Europa vorankommen können. Diesbezüglich hat das Gebiet des Kosovo seinen eigenen spezifischen Bezugsrahmen, nämlich das Stabilisierungs- und Assoziierungsabkommen.

Spanien ist unverändert der Auffassung, dass der Konflikt um das Gebiet des Kosovo nur durch Dialog und Verhandlung gelöst werden kann und möchte seine guten Dienste konstruktiv dafür einsetzen, dies zu fördern.

Herr Vorsitzender, ich ersuche, diese Erklärung dem Journal des Tages beizufügen.

Danke.



Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa
Ständiger Rat

PC.JOUR/1372

5 May 2022

Annex 11

GERMAN

Original: ENGLISH

1372. Plenarsitzung

StR-Journal Nr. 1372, Punkt 2 der Tagesordnung

ERKLÄRUNG
DER DELEGATION ZYPERNS

Herr Vorsitzender,

die Republik Zypern schließt sich der Erklärung der Europäischen Union vollinhaltlich an; ich möchte jedoch namens meines eigenen Landes noch einige Anmerkungen hinzufügen.

Wie die anderen Delegationen möchte auch die Delegation der Republik Zypern den Leiter der OSZE-Mission im Kosovo, Botschafter Michael Davenport, erneut im Ständigen Rat willkommen heißen. Wir möchten Botschafter Davenport für seine Ausführungen und seinen umfassenden Bericht danken und unsere Anerkennung für die wichtige Arbeit der Mission zum Ausdruck bringen.

Wie andere Teilnehmerstaaten erkennt die Republik Zypern die einseitige Unabhängigkeitserklärung des Kosovo aus dem Jahr 2008 nicht an. Im Zusammenhang damit möchten wir betonen, dass jede Initiative betreffend die OSZE-Mission im Kosovo im Einklang mit der Resolution 1244 (1999) des Sicherheitsrats der Vereinten Nationen und dem Beschluss Nr. 305 des Ständigen Rates vom 1. Juli 1999 stehen muss, die zusammen das Mandat der Mission begründen.

Herr Vorsitzender,

die Republik Zypern befürwortet den von der EU unterstützten Dialog zwischen Belgrad und Priština und die Bemühungen des EU-Sonderbeauftragten Miroslav Lajčák und ermutigt beide Seiten, die konstruktive Zusammenarbeit mit dem Sonderbeauftragten in Bezug auf alle für diesen Prozess geltenden Grundsätze fortzusetzen.

Ich möchte darum ersuchen, dass diese Erklärung dem Journal des Tages beigefügt wird.

Danke, Herr Vorsitzender.

1372. Plenarsitzung

StR-Journal Nr. 1372, Punkt 2 der Tagesordnung

**ERKLÄRUNG
DER DELEGATION SERBIENS**

Herr Vorsitzender,

wir begrüßen Botschafter Davenport im Ständigen Rat und danken ihm für seinen Bericht. Serbien bekräftigt seine Unterstützung für die Arbeit der OSZE-Mission im Kosovo (OMiK), die im Rahmen der Resolution 1244 des Sicherheitsrats der Vereinten Nationen und in einer statusneutralen Weise durchgeführt wird. Wir schätzen die Berichterstattung der Mission und ihrer fünf Regionalbüros sowie ihre Begleitung von Fällen, die eine interethnische Komponente aufweisen. Wir betonen die Bedeutung der Programmaktivitäten, die sich auf die Wahrung der Volksgruppen- und Menschenrechte, des Zugangs zur Justiz, der Einhaltung der Sprachpolitik sowie der Eigentumsrechte, die dauerhafte Rückkehr von Binnenvertriebenen, den Schutz des kulturellen Erbes sowie den Dialog und die Aussöhnung zwischen den Volksgruppen konzentrieren.

Herr Vorsitzender,

obwohl ihre Zahl abnimmt, gibt es immer noch ethnisch motivierte Vorfälle, insbesondere solche, die sich gegen die serbische Volksgruppe richten, die dem Bericht der Mission zufolge nach wie vor „im Vergleich zu anderen nicht der Mehrheit angehörenden Volksgruppen am stärksten betroffen ist“. Nach Angaben des Büros für Kosovo und Metochien wurden im Berichtszeitraum 81 ethnisch motivierte Vorfälle registriert, die die serbische Volksgruppe betrafen. Die Serbinnen und Serben in der Provinz sind ständigen Einschüchterungen, körperlichen Angriffen, Hassreden, Bewegungseinschränkungen und der Verweigerung ihrer religiösen Rechte oder des Rechts auf ein faires Verfahren ausgesetzt.

Wir würdigen die Bemühungen der Mission um eine bessere Koordinierung der Rückkehr und Wiedereingliederung von Vertriebenen im Rahmen des Skopje-Prozesses. Die Zahl der Rückkehrer ist jedoch nach wie vor gering. Mehr als 200 000 Binnenvertriebene konnten noch immer nicht in ihre Heimstätten zurückkehren. Zum besseren Verständnis der Relationen: Die Zahl der Binnenvertriebenen in Zentralserbien ist fast doppelt so hoch wie die Zahl der in Kosovo und Metochien lebenden Serbinnen und Serben. Die beschämend niedrige Zahl der Rückkehrerinnen und -Rückkehrer korreliert mit einer hohen Zahl ethnisch motivierter Vorfälle, die sich gegen sie und ihr Eigentum richten. Darüber hinaus gibt es über 43 000 anhängige Gerichtsverfahren zu Eigentumsrechten von Kosovo-Serbinnen

und -Serben. Im Kosovo-Bericht der Europäischen Kommission aus dem Jahr 2021 heißt es: „Die Voraussetzungen für eine wahrhaft multiethnische und integrierte Gesellschaft im gesamten Kosovo sind nicht vollständig gegeben. Die Notwendigkeit eines sicheren Umfelds, insbesondere in den Gebieten, in denen Rückkehrerinnen und Rückkehrer leben, und die Gewährleistung des Zugangs zu Eigentum, Personaldokumenten und Sprachrechten sowie angemessene Bestimmungen betreffend Bildung, Beschäftigung und Sozialleistungen stellen nach wie vor Problembereiche dar.“

Wie Außenminister Nikola Selaković auf der Sitzung des Sicherheitsrates der Vereinten Nationen am 20. April erklärte, „wünschen wir uns einen klaren politischen Willen und Maßnahmen, die beweisen, dass Diskriminierung aus nationalen Gründen kein erstrebenswerter gesellschaftlicher Wert in Kosovo und Metochien ist und dass ein Zusammenleben möglich und notwendig ist“.

Herr Vorsitzender,

im Bericht wird auf die fortgesetzte Schändung von Friedhöfen und historischen Denkmälern, Graffiti, Diebstähle, Einbrüche und Beschädigungen des kulturellen und religiösen Erbes hingewiesen. Es gab vier Fälle von Schändungen serbisch-orthodoxer Friedhöfe in den Gemeinden Prizren, Kosovo Polje, Gračanica und Istok. In der Sonderschutzzone des Klosters des Heiligen Uroš in Uroševac wurden illegale Bauarbeiten gemeldet. Trotz zahlreicher Aufforderungen seitens der internationalen Gemeinschaft, der OMiK und der Quint-Länder steht die rechtmäßige Registrierung des Grundstücks des Klosters Visoki Dečani gemäß der Entscheidung des sogenannten Verfassungsgerichts aus dem Jahr 2016 noch immer aus.

Deshalb ermutigen wir die Mission, die Reaktionen der Institutionen auf solche Angriffe und die Nichtumsetzung gerichtlicher Entscheidungen weiterhin zu beobachten und laufend über die Bedrohungen des kulturellen und religiösen Erbes der serbischen und anderer Volksgruppen zu berichten. In diesem Zusammenhang begrüßen wir die Fertigstellung des Berichts der Mission über den Schutz des kulturellen Erbes in Kosovo und Metochien, der im Mai veröffentlicht werden soll und der hoffentlich ein realistisches Bild der Bedrohung des serbischen kulturellen und religiösen Erbes und des Erbes anderer Volksgruppen vermitteln und in weiterer Folge zu entsprechenden Reaktionen seitens der Behörden führen wird, wie sie in der Vergangenheit häufig ausgeblieben sind.

Herr Vorsitzender,

während des gesamten Berichtszeitraums wurden weiterhin Besuche von Beamtinnen und Beamten aus Zentralserbien willkürlich abgelehnt, obwohl diese Besuche im Einklang mit den vereinbarten Verfahren rechtzeitig angekündigt wurden. Wie in dem Bericht angegeben, wurde dem Direktor des Büros für Kosovo und Metochien, Petar Petković, dreimal die Einreise in die Provinz verweigert. Bei der ersten Gelegenheit wollte er das Kloster Visoki Dečani besuchen und mehreren sozial schwachen Familien und Rückkehrerinnen und Rückkehrern Hilfe zukommen lassen. Wie der Sprecher der Europäischen Union Stano am 16. Dezember betonte: „Der Besuch von Direktor Petković im Kosovo war im Einklang mit der Vereinbarung ordnungsgemäß angekündigt und hätte daher genehmigt werden müssen.“ Solche wahllosen Verweigerungen untergraben eindeutig die Versuche der Mission, das Vertrauen zwischen den Volksgruppen und persönliche Kontakte wiederherzustellen.

Herr Vorsitzender,

all dies deutet darauf hin, dass das operative Umfeld, in dem die Mission ihre Aktivitäten durchführt, nicht günstig ist. Der Berichtszeitraum war geprägt von einer Reihe einseitiger Entscheidungen der Behörden in Priština, wie der Einführung neuer Bestimmungen für serbische Kfz-Kennzeichen am 20. September 2021 und der jüngsten Weigerung, den Kosovo-Serbinnen und -Serben die Stimmabgabe in ihren örtlichen Gemeinden während des Referendums zur Verfassungsänderung am 16. Januar und der regulären Präsidentschafts- und vorgezogenen Parlamentswahl am 3. April zu ermöglichen.

Am 19. September und am 13. Oktober drangen schwer bewaffnete Formationen, die ausschließlich aus ethnischen Albanern bestanden, unter exzessiver Gewaltanwendung in den Norden von Kosovo und Metochien ein. Am 13. Oktober – es war dies bereits der neunte dieser Übergriffe, die gegen die Brüsseler Vereinbarung verstoßen – schossen Mitglieder der Sonderpolizei Srećko Sofronijević aus Zvečan in den Rücken. Es folgten unter verschiedenen Vorwänden und Motiven vier Einfälle von Sondereinheiten in die südliche Gemeinde Štrpce, die mehrheitlich von Serben bewohnt wird, und zwar am 21. Dezember, 6. Januar, 16. März und 8. April. Am 12. Januar, dem Vorabend des orthodoxen Neujahrsfestes, stürmten Spezialkräfte das Gemeindegebäude in Gračanica und durchsuchten dessen Räumlichkeiten. Es liegt auf der Hand, dass solche Provokationen die Lage vor Ort unnötig destabilisieren, die Serbinnen und Serben im Norden wie im Süden einschüchtern, die Spaltung zwischen den Volksgruppen vertiefen und den Dialog zwischen Belgrad und Priština weiter erschweren.

Was diesen Dialog zwischen Belgrad und Priština betrifft, so möchte ich darauf hinweisen, dass am 19. April neun Jahre seit der Unterzeichnung der Brüsseler Vereinbarung vergangen sind, dessen wichtigster Teil die Schaffung eines Verbands der serbischen Gemeinden betrifft. Wir bekräftigen unser tiefes Bedauern darüber, dass die Behörden in Priština es nach fast einem Jahrzehnt nicht für nötig befunden haben, irgendwelche Schritte zu dessen Einrichtung zu unternehmen. Wir fordern daher erneut alle internationalen Akteure auf, den notwendigen Druck auszuüben und nicht zuzulassen, dass Priština seine Verpflichtungen im Zusammenhang mit der Schaffung dieses Gemeindeverbands ignoriert.

Erlauben Sie mir, daran zu erinnern, dass Belgrad keine Gegenmaßnahmen ergriffen hat, weil es den Frieden in diesem Teil Europas wahren will. Wir fordern Priština nachdrücklich auf, sich konstruktiv an dem von der EU unterstützten Dialog zu beteiligen und die Verpflichtungen aus der Brüsseler Vereinbarung von 2013 umzusetzen.

Wie Präsident Aleksandar Vučić nach dem gestrigen Treffen mit Bundeskanzler Olaf Scholz erklärte, „wird Belgrad alles tun, um sicherzustellen, dass eine Kompromisslösung für die Kosovo- und Metochien-Frage gefunden wird“. Wir fordern daher alle Staaten und internationalen Organisationen auf, den Dialog als entscheidenden Beitrag zu Frieden und Stabilität in der Region vorbehaltlos zu unterstützen.

Herr Vorsitzender,

bevor ich zum Schluss komme, möchte ich kurz auf einige der heutigen Äußerungen eingehen.

Wir haben bei so vielen Gelegenheiten gehört, dass wir Vertrauen aufbauen und zum Dialog und zu geduldig zu führenden Verhandlungen zurückkehren müssen. Sobald eine mögliche Lösung im Rahmen des Dialogs zwischen Belgrad und Priština erreicht ist, wird sie auch im Rahmen der OSZE umgesetzt werden. Bis dahin sind unverantwortliche Äußerungen wie die heutige, in der die Teilnahme von Vertreterinnen und Vertretern aus Priština an OSZE-Treffen gefordert wird, der Fortführung eines bedeutsamen Dialogs nicht förderlich. Im Gegenteil, sie dienen nur dazu, die Spaltung zu vertiefen und zu vervielfachen.

Was die Treffen mit sogenannten Empfängern der OSZE-Hilfe vor Ort betrifft, halten wir es für notwendig, genau zu sein: Es gibt keine etablierte Praxis, Amtsträgerinnen und Amtsträger aus Priština einzuladen. Es hat Einzelfälle gegeben, die umstritten waren. Wir bleiben unverrückbar bei unserem Standpunkt, dass diese Forderungen inakzeptabel sind und der statusneutralen Position der Organisation zu Kosovo und Metochien widersprechen.

Gestatten Sie mir abschließend, Botschafter Davenport alles Gute für seine künftigen Aufgaben zu wünschen.

Ich ersuche höflich um Aufnahme dieser Erklärung als Anhang in das Journal des Tages.

1372. Plenarsitzung

StR-Journal Nr. 1372, Punkt 3 (a) der Tagesordnung

**ERKLÄRUNG
DER DELEGATION DER RUSSISCHEN FÖDERATION**

Herr Vorsitzender,

auf Befehl der ukrainischen Regierung begehen paramilitärische ukrainische nationalistische Bataillone und Soldaten der ukrainischen Streitkräfte weiterhin in großem Umfang Verbrechen an der Zivilbevölkerung der Volksrepublik Donezk (DNR), der Volksrepublik Luhansk (LNR), einer Reihe befreiter Städte im Südosten der Ukraine und in den vom ukrainischen Militär besetzten Gebieten. Sie nutzen Zivilistinnen und Zivilisten als menschliche Schutzschilde und verstärken den Beschuss von nichtmilitärischen Objekten. Darüber hinaus gibt es Berichte über die Nutzung ziviler Infrastruktur für militärische Zwecke.

In den letzten Tagen hat sich die Lage im Werk Asowstal in der Stadt Mariupol in der Volksrepublik Donezk dramatisch entwickelt. Diese Stadt wurde Ende April von den russischen Streitkräften und den Truppen der DNR vollständig befreit. Wie sich Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Vereinten Nationen und des Internationalen Komitees vom Roten Kreuz (IKRK) bei einem Besuch in der Stadt überzeugen konnten, kehrt dort allmählich wieder friedliches Leben ein. Unterdessen halten sich im Industriegebiet des Werks immer noch Neonazis des Asow-Bataillons auf, die Dutzende von Zivilistinnen und Zivilisten als Geiseln halten.

Nach gemeinsamen humanitären Bemühungen Russlands und der Vereinten Nationen, an denen auch das IKRK beteiligt war, konnte die ukrainische Seite davon überzeugt werden, den Zivilistinnen und Zivilisten zu ermöglichen, das Asowstal-Werk und die umliegenden Häuser sicher zu verlassen. Im Rahmen dieser humanitären Aktion wurden bis zum 3. Mai über hundert Menschen evakuiert. Siebenundfünfzig von ihnen entschieden sich, in der DNR zu bleiben, neunundsechzig gingen in das von den ukrainischen Streitkräften kontrollierte Gebiet. Die ukrainische und die westliche Propaganda haben im Übrigen aktiv Falschmeldungen darüber verbreitet, wie das russische Militär angeblich die Bewohnerinnen und Bewohner von Mariupol einer Art „Zwangsfiltration“ unterworfen habe. Diese Unterstellungen wurden von der residierenden und humanitären Koordinatorin der Vereinten Nationen der Ukraine, Osnat Lubrani, zurückgewiesen, die nach Abschluss der Evakuierung betonte, dass bei der vom russischen Militär durchgeführten Überprüfung der Evakuierten keine Zwangsmittel eingesetzt wurden, um die Menschen zur Ausreise nach Russland zu zwingen.

Am 3. Mai bezogen die Kämpferinnen und Kämpfer des Asow-Bataillons Feuerstellungen in der Nähe der Asowstal-Gebäude und begannen mit erneutem Beschuss, was eine Verletzung der Waffenruhe darstellt. Das russische und das DNR-Verteidigungsministerium beschlossen, die Feuerstellungen der Asow-Kämpferinnen und -Kämpfer zu neutralisieren, um die Zivilbevölkerung von Mariupol zu schützen. Die wiederholten Appelle an die Kämpferinnen und Kämpfer, sich zu ergeben, und die Zusicherung, dass ihr Leben verschont wird, werden hartnäckig ignoriert. Jüngst zeigten die Nationalisten ihre wahre Einstellung gegenüber den Zivilpersonen, die sie als Geiseln halten, als sie anboten, sie gegen Lebensmittel und Medikamente einzutauschen. Nach Angaben der Leitstelle der humanitären Operation erklärten die Nationalisten auch, dass sie keine weiteren Geiseln einfach so freilassen würden. Dennoch werden die russischen Streitkräfte am 5., 6. und 7. Mai von 8.00 bis 18.00 Uhr (Moskauer Zeit) einen humanitären Korridor öffnen, um Zivilistinnen und Zivilisten das Verlassen des Werksgeländes zu ermöglichen.

In der Zone der Militäroperation nehmen die russischen Streitkräfte und die Truppenformationen der DNR und der LNR nach wie vor ausländische Söldner fest, die versuchen zu fliehen oder ihre Kampfpositionen aufzugeben. Dazu gehören beispielsweise die kürzlich festgenommenen britischen Staatsbürger Andrew Hill, Shaun Pinner und Aiden Daniel John Aslin sowie der marokkanische Staatsbürger Ibrahim Saadun.

Das Kyjiwer Regime nähert sich weiterhin demonstrativ radikalen paramilitärischen nationalistischen Gruppen an. Mitte April wurde bekannt gegeben, dass das sogenannte ukrainische Freiwilligenkorps des Rechten Sektors als eigenständiger militärischer Truppenteil in die ukrainischen Streitkräfte eingegliedert wurde. Wir möchten Sie daran erinnern, dass diese Nazi-Formation für Hunderte von Strafexpeditionen in die DNR und die LNR sowie für Einschüchterungen auf ukrainischem Gebiet verantwortlich ist.

In dem Versuch, eine Hexenjagd zu veranstalten, haben Vertreterinnen und Vertreter des Kyjiwer Regimes eine Verfolgungskampagne gegen russische Bürgerinnen und Bürger in Gang gesetzt, die sich legal in der Ukraine aufhalten. Am 29. April kündigte der Direktor des staatlichen Kriminalamts der Ukraine, Oleksij Suchatschow, an, dass die Geheimdienste diese Personen „Filtrationsmaßnahmen“ unterziehen würden (das sind diejenigen, die „Zwangsfiltration“ betreiben!). Was die ukrainischen Bürgerinnen und Bürger angeht, so führen Kämpfer der Territorialverteidigungsbataillone zusammen mit den Geheimdiensten Razzien durch, um Einwohner und Einwohnerinnen aufzuspüren, die prorussische Ansichten äußern oder die ukrainischen Behörden kritisieren – solche Aktionen fanden kürzlich in Charkiw und Umgebung statt. Viele Menschen wurden an einen unbekanntem Ort gebracht, und eine Reihe von ihnen kehrte nie wieder nach Hause zurück. Zuverlässigen Berichten zufolge wurden ähnliche groß angelegte Razzien bereits in Mykolajiw, Sumy, Tschernihiw und einer Reihe anderer Städte durchgeführt.

Mit direkter Unterstützung des Westens verstößt das Kyjiwer Regime weiterhin systematisch gegen das humanitäre Völkerrecht. Dies geschieht mit dem Ziel, der Zivilbevölkerung Schaden zuzufügen, um dann die Schuld für alles auf das Vorgehen des russischen Militärs zu schieben und damit die russischen Streitkräfte zu diskreditieren. Hier nur einige Beispiele aus der vergangenen Woche.

Ukrainische Kämpferinnen und Kämpfer haben in der Stadt Marhanez in der Region Dnipropetrowsk den Damm des Stausees bei Mykolajiw vermint, so dass die Stadt selbst und eine Reihe benachbarter Siedlungen mit über 45 000 Einwohnerinnen und Einwohnern bei einer Sprengung möglicherweise überflutet würden.

In der Siedlung Raihorodok im Bezirk Kramatorsk (von den ukrainischen Streitkräften kontrolliertes Gebiet der DNR) haben Neonazis Feuerstellungen in den oberen Stockwerken von Wohnhäusern und Munitionslager in den Kellern eingerichtet, und die Bürgerinnen und Bürger werden gewaltsam in ihren Wohnungen festgehalten. In der Nähe, in Swiathirsk, haben die Kämpferinnen und Kämpfer Artillerie und Mehrfachraketenwerfersysteme auf dem Gelände des Mariä-Entschlafens-Klosters stationiert, während sich noch über hundert Zivilpersonen (Geistliche, Novizen und Flüchtlinge) im Kloster aufhalten.

In Mykolajiw wurden Mehrfachraketenwerfersysteme, gepanzerte Fahrzeuge und Autos mit Munition vor den Schulen Nr. 6 und Nr. 7 stationiert, und die Bewohnerinnen und Bewohner wurden nicht aus den umliegenden Häusern evakuiert. Darüber hinaus haben Nationalisten Feuerstellungen im Internat für gehörlose Kinder von Mykolajiw, in allgemeinen Bildungseinrichtungen in Odessa (Schule Nr. 40), Dnipropetrowsk (Schulen Nr. 2 und Nr. 28, Internat Nr. 2), Kramatorsk (Schulen Nr. 6 und Nr. 9), Slowjansk (Schule Nr. 14), Charkiw (Schulen Nr. 73 und Nr. 145, Lyzeum Nr. 161, Gymnasium Nr. 14) und anderen Orten eingerichtet.

In Barwinkowe in der Region Charkiw haben die ukrainischen Streitkräfte einen Stützpunkt im Gebäude des regionalen psychiatrischen Krankenhauses eingerichtet und halten Zivilistinnen und Zivilisten im Keller gewaltsam fest.

In der vom russischen Militär befreiten Region Cherson wurde eine von ukrainischen Kämpferinnen und Kämpfern eingerichtete Folterkammer entdeckt, in der eine mit einer Sprengfalle versehene Leiche ohne Beine gefunden wurde, die eine Militäruniform trug und Anzeichen brutaler Misshandlungen aufwies. In der Nähe wurden Drogenutensilien und Kisten gefunden, in denen Raketensysteme aus US-Produktion gelagert werden.

Vor diesem Hintergrund setzen die NATO-Staaten ihre gefährliche Militarisierung der Ukraine fort und nutzen ihr Hoheitsgebiet als Abladeplatz für Waffen und Munition, die ihre Lebensdauer längst überschritten haben. Sie überschwemmen die Ukraine mit ausgemustertem Gerät aus Depots und entledigen sich der in osteuropäischen Ländern, einschließlich Polens (das für diesen Zweck zu einer logistischen Drehscheibe geworden ist), gelagerten Reste sowjetischer Waffen. Sie schicken auch schwere Waffen, die in NATO-Ländern hergestellt werden.

All diesen Bemühungen zum Trotz ist es jedoch nicht gelungen, die Lage vor Ort zu ändern. Sie erhöhen lediglich den in Menschenleben und Leid gemessenen Preis, den die Ukraine für den faktischen Verlust ihrer Souveränität infolge des Staatsstreichs vom Februar 2014 und der Einsetzung eines militaristischen nationalistischen Regimes, das direkt von außen gesteuert wird, zahlt.

Am 28. April billigte der Kongress der Vereinigten Staaten von Amerika das sogenannte Lend-Lease-Gesetz (das Dokument muss von US-Präsident Joe Biden unterzeichnet werden, damit es in Kraft treten kann). Es sieht vor, dass die Ukraine und die

gesamte Region mit schweren Waffen im Wert von mehr als 33 Milliarden Dollar militärisch aufgerüstet werden sollen. Bemerkenswerterweise wurde dieser Gesetzentwurf bereits im Januar eingebracht, also lange vor Beginn der russischen militärischen Spezialoperation, was die Pläne der US-Regierung zur Militarisierung und militärischen Erschließung des ukrainischen Hoheitsgebiets nur bestätigt. In diesem Zusammenhang sei darauf hingewiesen, dass während des Zweiten Weltkriegs die US-Hilfe im Rahmen von Lend-Lease zur Zerschlagung des Nationalsozialismus durch die gemeinsamen Anstrengungen der Alliierten in der Anti-Hitler-Koalition beitrug, dieser Mechanismus dagegen heute von den Vereinigten Staaten genutzt wird, um die ukrainischen Streitkräfte und Neonazi-Formationen zu unterstützen, die in ihrem eigenen Land Krieg gegen Andersdenkende führen.

Seit langem macht die US-Regierung auch keinen Hehl aus dem wahren Ziel ihrer Politik in der Ukraine – nämlich Russland in der Region mit Hilfe der ukrainischen Nationalisten eine „strategische Niederlage“ zuzufügen, d. h. die russische Staatlichkeit zu untergraben und die nachhaltige Entwicklung unseres Landes zu behindern. Das ist natürlich ein überaus ehrgeiziges Ziel. Wie wir bereits betont haben, geht es in der Praxis nicht um die „Verteidigung der Demokratie“ und schon gar nicht um die Sorge um das Wohlergehen des ukrainischen Volkes, das für die US-Regierung im Wesentlichen ein bloßes Bauernopfer in ihrem geopolitischen Schachspiel ist.

Wir betonen, dass alle Waffen, die von westlichen Ländern an die Ukraine geliefert wurden, um Bürgerinnen und Bürger Russlands, der Ukraine, der DNR und der LNR zu töten, legitime militärische Ziele im Rahmen der russischen Spezialoperation sind. Die Verbringung solcher Waffen entlang von Transportrouten und über Knotenpunkte des Personenverkehrs stellt eine Provokation des Kyjiwer Regimes und seiner ausländischen Handlanger dar, die in Kauf nimmt, ungerechtfertigte Risiken für die Zivilbevölkerung zu erhöhen. Wir möchten noch einmal betonen, dass die Spezialoperation nicht gegen Zivilpersonen gerichtet ist und das russische Militär alles tut, um ihre Sicherheit zu gewährleisten.

Die seit langem bestehenden Ausbildungsprogramme in der „Kunst des Krieges“, die von Ausbildern aus den Vereinigten Staaten, dem Vereinigten Königreich, Kanada und anderen NATO-Staaten durchgeführt werden, stehen im Einklang mit dem zerstörerischen Vorgehen der NATO. Sie vermittelten unter anderem den radikalen Nationalisten, die im Rahmen der Kampagne 2015–2016 in die Streitkräfte und Strafverfolgungsbehörden der Ukraine integriert wurden, Kampffähigkeiten.

Das Kyjiwer Regime hat aus seiner Beteiligung an den Cyberangriffen des ukrainischen Staates auf internationaler Ebene keinen Hehl gemacht. In einem Interview mit der spanischen Zeitung *El País* am 27. April räumte der stellvertretende ukrainische Ministerpräsident und Minister für digitale Transformation Mychailo Fedorow ein, dass das Kyjiwer Regime „über 660 Cyber- und Denial-of-Service-Angriffe gegen Unternehmen, Firmen, Banken und Institutionen in Russland und Belarus durchgeführt hat“. Er fügte hinzu, dass die ukrainische Regierung diese Cyberangriffe absichtlich organisiert und Hacker über soziale Medien anwirbt, in denen solche „Spezialaufträge“ veröffentlicht werden. Damit hat das Kyjiwer Regime die Ukraine zum ersten Mitgliedsstaat der Vereinten Nationen und zum ersten OSZE-Teilnehmerstaat gemacht, der die Organisation massiver Cyberangriffe gegen andere Länder auf staatlicher Ebene angekündigt hat.

Hier ein weiteres aktuelles Beispiel. Live im Fernsehsender Ukraine-24 sagte Wiktor Andrusiw, Berater des Leiters des ukrainischen Innenministeriums, wörtlich Folgendes: „Leider können wir nicht in Transnistrien einmarschieren. Wir können das nicht ohne die Erlaubnis von Moldau tun.“ Ihm zufolge wäre eine Invasion in Transnistrien für das Kyjiwer Regime „eine gute Gelegenheit, ein Druckmittel zu erhalten, um unter anderem die Lage in Transnistrien für Mariupol einzutauschen“. Sehen so etwa die Friedensbestrebungen des Kyjiwer Regimes aus, von denen seine westlichen Handlanger so oft sprechen? Und welche Art von Invasionsszenarien werden simuliert – eine Invasion mit Hilfe eines von der NATO ausgebildeten Militärs?

Das Regime in Kyjiw setzt auf die Schaffung von Bedrohungen für die Nachbarstaaten, auf eine fortgesetzte Militarisierung und auf die Unterstützung eines aggressiven Nationalismus. Es weigert sich, diplomatische Kontakte zur Lösung der Situation aufzunehmen, wie Präsident Selenskyj, der Sekretär des Nationalen Sicherheits- und Verteidigungsrates Oleksij Danilow, der ukrainische Botschafter im Vereinigten Königreich Wadym Prystaiko und andere jüngst öffentlich bestätigten. Wir stellen eine Tendenz fest: Je mehr hochrangige „politische Touristen“ aus westlichen Ländern Kyjiw besuchen, desto weniger ist das Kyjiwer Regime bereit, sich auf Diplomatie einzulassen, und desto kriegerischer ist seine Haltung. Allem Anschein nach wurden auf Anraten seiner ausländischen Hintermänner die Weichen gestellt, um „bis zum letzten Ukrainer“ für die Ideen des ukrainischen Nationalismus und Neonazismus zu kämpfen. Ein solcher Weg ist für die Ukraine ruinös.

In dem Versuch, im öffentlichen Diskurs, auch in dem der OSZE, eine alternative Realität zu schaffen, in der Russland in seinem Vorgehen gegenüber der Ukraine angeblich isoliert ist, wiederholen die Vereinigten Staaten und ihre Satellitenstaaten beharrlich bekannte Mantras. Gleichzeitig schweigen sie sich absichtlich über ihre zerstörerischen Aktivitäten aus, die sie über viele Jahre hinweg in diesem Land betrieben haben, nämlich die Erleichterung des verfassungswidrigen Machtwechsels, die Ermutigung zu aggressivem Nationalismus, Neo-Nazismus und anderen diskriminierenden Praktiken sowie die Militarisierung der Ukraine, während der Lebensstandard der Menschen in diesem Land zugleich einen katastrophalen Niedergang erlebte. Sie nehmen sich die Freiheit, in diesem Saal im Namen der gesamten internationalen Gemeinschaft zu sprechen.

Wir möchten Sie daran erinnern, dass wir voll und ganz mit den Einschätzungen übereinstimmen, die das chinesische Außenministerium am 29. April dieses Jahres und unsere anderen Partner und Verbündeten geäußert haben: Die Vereinigten Staaten tragen eine unbestreitbare Verantwortung für den Ausbruch der Ukraine-Krise, da sie ihr Versprechen gebrochen und die Osterweiterung der NATO stetig vorangetrieben haben. Man kommt nicht umhin, sich hier an die Worte von Papst Franziskus zu erinnern, der in einem Interview mit dem *Corriere della Sera* am 3. Mai betonte, dass die derzeitige kritische Situation um die Ukraine durch das „Bellen der NATO vor den Toren Russlands“ verursacht worden sei. Hinzu kommt, dass die verpfuschten geopolitischen Experimente des Westens mit der Ukraine nach dem von ihm unterstützten Staatsstreich von 2014 dazu geführt haben, dass das Land nach Angaben des Internationalen Währungsfonds bereits 2020 das ärmste Land Europas wurde.

In drei Tagen begeht die Welt den 77. Jahrestag des Sieges über den Nationalsozialismus im Zweiten Weltkrieg. In der ersten Hälfte des zwanzigsten Jahrhunderts breitete sich der Nationalsozialismus wie ein Krebsgeschwür im krisengeschüttelten Deutschland aus und

erfasste viele Nationen, so dass er beinahe ganz Europa zerstörte – und schließlich sogar fast die ganze Welt, der damals eine „neue, regelbasierte Weltordnung“ angeboten wurde. Regeln, die der Mehrheit von der Minderheit vorgeschrieben wurden. Regeln, nach denen nur einige Auserwählte das Recht auf nachhaltige Entwicklung haben sollten. Regeln, nach denen das Recht auf einen selbstbestimmten Weg für niemanden garantiert war. Regeln, die Menschen in verschiedene Klassen einteilten, ihre Rechte einschränkten oder sie sogar ihres Lebens beraubten, je nach ihrer ethnischen Zugehörigkeit, ihrer Sprache oder ihrem Glauben. Regeln, die systematisch das Völkerrecht zerstörten und daraufhin die freie Menschheit selbst.

Die Geschichte ist in hohem Maße zyklisch. Heute erleben wir in Teilen Europas wieder einmal, wie Ideen des Menschenhasses und der rassistischen und nationalen Überlegenheit ihr hässliches Haupt erheben. Das tragischste Beispiel dafür ist die heutige Ukraine, wo die „Sieger des Maidan“, die 2014 vom Westen einen Freibrief erhielten, die Idee des ukrainischen Exzeptionalismus und der ethnischen und sprachlichen Überlegenheit in den Mittelpunkt des Prozesses der Staatsbildung gestellt haben.

Die Handlungen der Vertreterinnen und Vertreter des Kyjiwer Regimes in diesen Jahren, insbesondere in den letzten Wochen, sprechen für sich: Sie wollen alles, was an die Befreiung der Ukraine von den Nazi-Invasoren und an den Sieg des sowjetischen Volkes über den Nationalsozialismus im Zweiten Weltkrieg erinnert, schnellstens beseitigen. Auf Veranlassung und mit Billigung der Behörden werden Denkmäler der Helden und Befreier zerstört, und es kam zu Dutzenden von Vandalismusakten.

Hier nur einige Beispiele für Denkmäler, die allein in den letzten zwei Monaten zerstört wurden. In Charkiw wurde eine Büste des bedeutenden militärischen Anführers beim Sieg über den Nationalsozialismus, Marschall Georgi Schukow, mit Hilfe eines Kipplasters brutal demoliert. In Dnipropetrowsk wurde eine Stele mit vier Sternen, die ihm als Held der Sowjetunion gewidmet war, abgebaut. Auch die Büste des Kommandeurs der ersten ukrainischen Front und Teilnehmers an der Befreiung der Ukraine, Nikolaj Watutin, wurde in der Siedlung Welyki Komiaty in Sakarpattja durch einen Kipplaster zerstört. In Riwna wurden ein Denkmal für den legendären Kämpfer gegen den Nationalsozialismus, Nikolaj Kusnezow, abgerissen und Tafeln mit den Namen von Helden des Großen Vaterländischen Krieges zerstört. In der Nähe, in der Stadt Dubno, wurde gestern ein Denkmal für die Soldaten der sowjetischen Befreier zerstört. In Tscherniwzi wurde auch das Denkmal für die Soldaten der Roten Armee, die die Stadt von den Nazis befreit hatten, demontiert. Das Denkmal für eine bedeutende Vertreterin der antifaschistischen Partisanenbewegung, Soja Kosmodemjanskaja, wurde in Tschernihiw zerstört. In Lutsk schändeten städtische Dienststellen das Ewiger-Ruhm-Mahnmal, von dem Symbole des Sieges über den Nationalsozialismus entfernt wurden. Dasselbe geschah auch in Lwiw am Ruhmeshügel-Denkmal (sechs Monate zuvor hatte die Stadtverwaltung das Denkmal für die Sieger über den Nazismus in der Stryiska-Straße abgerissen). In der Region Lwiw kam es zu einer Reihe von Akten des Vandalismus: In der Stadt Drohobytch wurde die Ewige Flamme demontiert, in der Stadt Stryi wurde das Denkmal für die Kämpfer gegen den Nationalsozialismus zerstört, in Boryslaw wurde eine Stele zu Ehren der Befreiung der Stadt von den Nazi-Invasoren abgebaut. In Kremenez in der Region Ternopil wurde das Denkmal für einen Soldaten der Befreier zerstört. Im Zentrum von Mukatschewo in der Region Sakarpattja wurde ein Obelisk zu Ehren der sowjetischen Soldaten, die ihr Leben für die Befreiung der Region vom Nationalsozialismus gaben, zerstört, und die Stadtverwaltung kündigte die Schändung der Gräber der dort Bestatteten an.

T-34-Panzer, die als Symbole des Sieges über den Nationalsozialismus aufgestellt worden waren, wurden in verschiedenen ukrainischen Städten von ihren Sockeln heruntergerissen – unter anderem in Riwne, Storoschynez, Wolodymyr-Wolynskyi und Mukatschewo.

Die Zerstörung des Denkmals in Odessa für die Verteidiger der Stadt gegen den Nationalsozialismus im Jahr 1941 war der Gipfel des Zynismus. Es lohnt sich, näher darauf einzugehen. Am 2. Mai begingen die Einwohner dieser Stadt den achten Jahrestag der Ereignisse von 2014, als Maidan-Anhänger unter Slawa-Ukrajini-Rufen Dutzende Einwohnerinnen und Einwohner von Odessa ermordeten und verbrannten, die sich für ein Leben ohne ukrainischen Nazismus eingesetzt hatten. In den vergangenen Jahren haben die führenden Persönlichkeiten der Post-Maidan-Ukraine und ihre ausländischen Hintermänner alles getan, um zu verhindern, dass die Wahrheit über diese schrecklichen Ereignisse ans Licht kommt. Seit acht Jahren wird den Angehörigen der Opfer das Recht auf rechtliche Verfolgung und Bestrafung der wahren Schuldigen an den Ereignissen vorenthalten. Ist es das, was mit „Slawa Ukrajini“ gemeint ist? Wenn das Kyjiwer Regime nicht in der Lage oder nicht willens ist, dafür zu sorgen, dass der Gerechtigkeit Genüge getan wird, werden dies andere zuständige Behörden tun. Im Andenken an die friedlichen Einwohnerinnen und Einwohner von Odessa, die dort am 2. Mai 2014 ihr Leben verloren haben, wird die Gerechtigkeit sicherlich siegen.

Es hat keinen Sinn, dem Ständigen Vertreter der Ukraine in diesem Zusammenhang Fragen zu stellen: Egal, was er über das Gedenken an die Opfer im Kampf gegen den Nazismus sagt, diese Worte bedeuten nichts. Wir haben es mit einer groß angelegten und beispiellosen Kampagne des Kyjiwer Regimes zur Zerstörung von Denkmälern und anderen Zeugnissen dieses Kampfes zu tun, mit der Verherrlichung von Nazi-Verbrechern wie Stepan Bandera und Roman Schuchewytsch auf Staatsebene, die zur Ermordung ukrainischer Bürgerinnen und Bürger verschiedener Nationalitäten im Namen der Idee der ukrainischen nationalen Exklusivität inspirierten, und mit der Unterstützung der Behörden für diejenigen, die seit 2014 bis zum heutigen Tag dasselbe tun und sich mit Nazi-Symbolen schmücken.

Die russische militärische Spezialoperation in der Ukraine soll dem Neonazismus ein Ende setzen, den entmilitarisierten Status dieses Landes sicherstellen und die gutnachbarschaftlichen, historisch engen Beziehungen zwischen zwei slawischen Völkern wiederherstellen.

Ich ersuche, diese Erklärung dem Journal der heutigen Sitzung des Ständigen Rates als Anhang beizufügen.

Danke für Ihre Aufmerksamkeit.

1372. Plenarsitzung

StR-Journal Nr. 1372, Punkt 3 (b) der Tagesordnung

**ERKLÄRUNG
DER DELEGATION DER RUSSISCHEN FÖDERATION
(AUCH IM NAMEN VON ARMENIEN, ASERBAIDSCHAN, BELARUS,
BOSNIEN UND HERZEGOWINA, KASACHSTAN, KIRGISISTAN,
SERBIEN, TADSCHIKISTAN, TURKMENISTAN UND USBEKISTAN)**

Herr Vorsitzender,

ich beehre mich, eine gemeinsame Erklärung der Ständigen Vertreter bei der OSZE der Republik Armenien, der Republik Aserbaidschan, der Republik Belarus, Bosnien und Herzegowinas, der Republik Kasachstan, der Kirgisischen Republik, der Republik Serbien, der Republik Tadschikistan, Turkmenistans, der Republik Usbekistan und meines Landes, der Russischen Föderation, anlässlich des 77. Jahrestages des Sieges im Zweiten Weltkrieg zu verlesen.

„In diesem Jahr begeht die Welt den 77. Jahrestag des Sieges im Zweiten Weltkrieg, der größten Prüfung, die die Menschheit im zwanzigsten Jahrhundert zu bestehen hatte.

Dieser Abschnitt unserer gemeinsamen Geschichte endete siegreich dank der beispiellosen Leistung der Völker, die selbstlos gegen die Ideologie der Feindschaft, der Versklavung und der Menschenfeindlichkeit gekämpft und den lang erwarteten großen Sieg errungen haben. Die Erinnerung an diese Jahre des Leids, der harten Prüfungen und der tragischen Ereignisse von wahrhaft unvorstellbarem Ausmaß hallt in alle Ewigkeit nach.

Unsere Völker haben einen Weg der Entbehrungen und des Leids zurückgelegt, der jedoch gleichzeitig von heldenhafter Tapferkeit und Widerstandsfähigkeit, von Mut, Selbstaufopferung und Liebe, vom Glauben an die Gerechtigkeit und das Eintreten für die gute Sache geprägt war. In tiefster Dankbarkeit verneigen wir uns vor ihren unsterblichen Taten. Es ist heute unsere Pflicht, der Nachwelt das wahre Bild dieser Ereignisse zu vermitteln und die historische Wahrheit über den Zweiten Weltkrieg zu bewahren.

In diesem Zusammenhang halten wir Versuche, die Geschichte zu verfälschen und den Ausgang des Krieges zu revidieren, für völlig inakzeptabel. Wir verurteilen aufs Schärfste die Zerstörung und Schändung von Denkmälern für die Soldaten der Befreier und andere Vandalenakte gegen Gedenkstätten und Grabstätten von Soldaten und Offizieren, die für die Befreiung Europas und Asiens von Nationalsozialismus und Faschismus gestorben sind.

Es gibt keine Rechtfertigung für Versuche, die Naziverbrecher und ihre Komplizen zu rehabilitieren und zu verherrlichen oder zu leugnen, dass sie während des Zweiten Weltkriegs Verbrechen gegen die Menschlichkeit und Kriegsverbrechen begangen haben, und auch die Urteile des Internationalen Militärgerichtshofs von Nürnberg kennen keine Verjährung. In diesem Zusammenhang begrüßen wir die Resolution der Generalversammlung der Vereinten Nationen vom 16. Dezember 2021 über die Bekämpfung der Verherrlichung des Nazismus, des Neonazismus und anderer Praktiken, die zum Schüren zeitgenössischer Formen des Rassismus, rassistischer Diskriminierung, der Fremdenfeindlichkeit und damit zusammenhängender Intoleranz beitragen. Die Tatsache, dass die überwältigende Mehrheit der Staaten weltweit Jahr für Jahr für diese Resolution stimmt, zeugt von dem globalen Wunsch, die Wiederholung der Fehler der Vergangenheit zu verhindern. Wir betrachten dies als eine einigende Agenda für eine konstruktive Zukunft.

Wir fordern die internationale Gemeinschaft auf, das Andenken an diejenigen, die während des Zweiten Weltkriegs gegen den Nationalsozialismus kämpften, in Ehren zu halten. Wir sind der festen Überzeugung, dass der Nationalsozialismus, nachdem er besiegt ist, weder auf dem eurasischen Kontinent noch irgendwo sonst in der Welt jemals wieder sein Haupt erheben darf.“

Ich bedanke mich für Ihre Aufmerksamkeit und ersuche darum, diese Erklärung dem Journal der heutigen Sitzung des Ständigen Rats als Anhang beifügen zu lassen.

1372. Plenarsitzung

StR-Journal Nr. 1372, Punkt 3 (e) der Tagesordnung

**ERKLÄRUNG
DER DELEGATION DEUTSCHLANDS
(AUCH IM NAMEN VON DÄNEMARK, ESTLAND, FINNLAND,
FRANKREICH, GRIECHENLAND, KANADA, LETTLAND, LITAUEN,
MONTENEGRO, DEN NIEDERLANDEN, NORWEGEN,
ÖSTERREICH, SCHWEDEN, DEM VEREINIGTEN KÖNIGREICH
UND DEN VEREINIGTEN STAATEN VON AMERIKA)**

Herr Vorsitzender,

ich äußere mich im Namen von Dänemark, Deutschland, Estland, Finnland, Frankreich, Griechenland, Kanada, Lettland, Litauen, Montenegro, den Niederlanden, Norwegen, Österreich, Schweden, dem Vereinigten Königreich und den Vereinigten Staaten von Amerika, einer Gruppe von Teilnehmerstaaten, die sich für die Sicherheit von Journalistinnen und Journalisten einsetzen. Ich ergreife das Wort anlässlich des Welttags der Pressefreiheit, eines Tages, den die Mitglieder der Vereinten Nationen gemeinsam der Pressefreiheit gewidmet haben, und um den Mut zu würdigen, den Journalistinnen und Journalisten sowie Medienschaffende aus dem gesamten OSZE-Raum bei ihrer Arbeit an den Tag legen.

Das Recht auf freie Meinungsäußerung, wie es von Journalistinnen und Journalisten und Medienschaffenden ausgeübt wird, ist von entscheidender Bedeutung für Demokratie und Rechtsstaatlichkeit sowie für Schutz und Förderung aller Menschenrechte. Ohne unabhängige, freie und pluralistische Medien, sowohl online als auch offline, wird es den Bürgerinnen und Bürger schwerer gemacht, die Mächtigen zur Rechenschaft zu ziehen. Wenn Journalistinnen und Journalisten bei ihrer Arbeit sicher sind, ermöglicht dies allen Menschen, an erhellende und gehaltvolle Informationen zu kommen und eine friedliche, inklusive und gerechte Gesellschaft aufrechtzuerhalten.

In allzu vielen Teilnehmerstaaten werden Journalistinnen und Journalisten sowie Medienschaffende nach wie vor schikaniert, eingeschüchtert, ja sogar getötet. In allzu vielen Fällen werden Gewaltandrohungen und Angriffe gegen Journalistinnen und Journalisten sowie Medienschaffende nicht mit der Gründlichkeit untersucht und verfolgt, zu der wir uns in Mailand 2018 verpflichtet haben. Dies ermutigt die Straftäterinnen und -täter und verpasst der freien Meinungsäußerung in unseren Gesellschaften einen zusätzlichen Dämpfer.

Herr Vorsitzender,

heute verurteilen wir insbesondere die eklatanten und systematischen Angriffe auf die Medienfreiheit sowie unabhängige Journalistinnen und Journalisten durch die Russische Föderation und Belarus.

In der Sitzung des Ständigen Rates am 7. April haben wir auf das grausame Schicksal der Journalistinnen und Journalisten und Medienschaffenden aufmerksam gemacht, die seit dem 24. Februar im Rahmen ihrer journalistischen Arbeit getötet wurden, als sie über die Aggression der Russischen Föderation gegen die Ukraine berichteten – bislang mindestens sieben. Professor Benedek, Professorin Bilková und Professor Sassòli behandeln diese Fälle in ihrem Bericht nach dem Moskauer Mechanismus und führen dazu aus: „Es gibt auch viele Fälle, in denen Journalistinnen und Journalisten von den russischen Streitkräften festgesetzt oder entführt wurden.“ Sie zitieren ferner „gut dokumentierte und verifizierte“ Berichte von Nichtregierungsorganisationen über Fälle von Misshandlung und dem Einsatz von Methoden, die als Folter anzusehen sind, gegen Journalistinnen und Journalisten sowie Medienschaffende. Wir verurteilen diese gewalttätigen Übergriffe auf Journalistinnen und Journalisten und Medienschaffende sowie alle Bemühungen, die unabhängige Medienberichterstattung in der Russischen Föderation selbst mundtot zu machen, auf das Schärfste. Wir sind zutiefst besorgt über die Ausnutzung der Medien zur Verbreitung schädlicher Desinformationen und die Anwendung drakonischer Medienbeschränkungen, die das Recht auf freie Meinungsäußerung beschneiden und den Menschen das Recht auf Zugang zu unabhängigen Nachrichten und sachlichen Informationen vorenthalten. Wir schließen uns der Beauftragten für Medienfreiheit Teresa Ribeiro an, die in ihrer Erklärung vom 16. März vor „Maßnahmen, die von Behörden [der Russischen Föderation] ergriffen wurden und die die Medienfreiheit abgeschafft haben und die Sicherheit von Journalistinnen und Journalisten [in Russland] drastisch beeinträchtigen“ warnte und dies als „einen der schlimmsten Rückschritte bei der Medienfreiheit“ seit Bestehen ihres Mandats bezeichnete.

Wir fordern die Russische Föderation eindringlich auf, ihre Angriffe auf unabhängige Medien im In- und Ausland unverzüglich einzustellen und die Rechte von Journalistinnen und Journalisten und Medienschaffenden im Einklang mit den internationalen Menschenrechtsnormen, dem humanitären Völkerrecht und den OSZE-Verpflichtungen zu achten sowie ihre massiven Desinformationskampagnen einzustellen. Wir würdigen den Mut der Journalistinnen und Journalisten und Medienschaffenden, die unter großen persönlichen Risiken und Opfern weiterhin über die Fakten berichten und die Menschenrechtsverletzungen und -verstöße sowie die Kriegsverbrechen Russlands ans Licht der Öffentlichkeit bringen.

In Belarus ist die Lage für Journalistinnen und Journalisten und Medienschaffende ähnlich düster. Nach Angaben vertrauenswürdiger Quellen aus der Zivilgesellschaft sind mit heutigem Stand nach wie vor 25 von ihnen in Haft. Doch obwohl sie Gefahr laufen, zu langen Haftstrafen verurteilt zu werden und über einen längeren Zeitraum festgehalten zu werden, bemühen sich mutige unabhängige Medien und einzelne Journalistinnen und Journalisten darum, ihre Landsleute und die Welt über die Geschehnisse in Belarus zu informieren. Wir stehen an ihrer Seite und schließen uns dem Aufruf von Teresa Ribeiro an, alle Journalistinnen und Journalisten und anderen Medienschaffenden freizulassen, die in Belarus willkürlich verurteilt, festgenommen oder inhaftiert wurden.

Herr Vorsitzender,

wir rufen alle Teilnehmerstaaten zur Zusammenarbeit und zur Umsetzung unserer OSZE-Verpflichtungen im Bereich der Medienfreiheit und der Sicherheit von Journalistinnen und Journalisten auf. Wir sprechen den Regierungen, die entschlossene Schritte zur Stärkung des Schutzes der Medienfreiheit unternommen haben, unsere Anerkennung aus. Wir bekennen uns weiterhin zur Förderung der Medienfreiheit und zur Abwehr jeglicher Bemühungen um deren Untergrabung.

Herr Vorsitzender, ich ersuche Sie höflich, diese Erklärung dem Journal des Tages beifügen zu lassen.

1372. Plenarsitzung

StR-Journal Nr. 1372, Punkt 3 (e) der Tagesordnung

**ERKLÄRUNG
DER DELEGATION DER UKRAINE**

Herr Vorsitzender,

das Recht auf freie Meinungsäußerung und freie Medien sind seit jeher eine der wichtigsten Säulen demokratischer und friedlicher Gesellschaften. Die Ukraine hat sich verpflichtet, die Medienfreiheit zu gewährleisten und dabei die Sicherheit von Journalistinnen und Journalisten zu schützen, Propaganda und Desinformation zu bekämpfen und die Medienkompetenz in der Gesellschaft zu stärken.

Seit dem Beginn der russischen Invasion in der Ukraine hat sich die journalistische Gemeinschaft zusammengeschlossen, um mit einer Stimme gegen die russische Propaganda aufzutreten.

Ohne das Engagement und die hohe Professionalität der Journalistinnen und Journalisten, die über den Verlauf des russischen Krieges berichten, hätte die Welt nicht von den Gräueltaten erfahren, die Russland in der Ukraine begangen hat. Unter Einsatz ihres Lebens in den belagerten Städten oder unter schwerem Bombardement und Raketenbeschuss sammeln Journalistinnen und Journalisten in der Ukraine Informationen, die für die Wahrheitsfindung und die Sammlung von Fakten über die Kriegsverbrechen Russlands unerlässlich sind.

Es ist zutiefst bedauerlich, dass Journalistinnen und Journalisten und andere Medienschaffende zu den Opfern des russischen Angriffskrieges gegen die Ukraine gehören. In rund zweieinhalb Monaten haben die russischen Invasoren mehr als zwanzig ukrainische und ausländische Journalistinnen und Journalisten getötet. Mehr als hundert regionale Medienunternehmen in den vorübergehend besetzten Gebieten mussten aufgrund von Drohungen, der Zerstörung von Redaktionen und der Unmöglichkeit, unter der vorübergehenden Besetzung zu arbeiten, ihre Tätigkeit einstellen.

Die Menschen in den Gebieten, die vorübergehend unter der Kontrolle der russischen Truppen stehen, sind von der Kenntnis der tatsächlichen Lage völlig abgeschnitten, was eines der Hauptziele Russlands bei seinen Propagandabemühungen und der Verbreitung seiner verzerrten Darstellung der Fakten ist. Die Folgen einer solchen Propaganda sind in Russland deutlich zu sehen, wo die staatlich kontrollierten Medien die russische Gesellschaft täuschen,

indem sie die russische groß angelegte Invasion in der Ukraine als „militärische Spezialoperation“ bezeichnen, um sie zu rechtfertigen.

Wir sind allen unseren internationalen Partnern dankbar, die zur Bekämpfung der russischen Propaganda und Desinformation beitragen, indem sie beispielsweise russischen Propagandasendern die Ausstrahlung in ihrem Hoheitsgebiet verbieten.

Wir schätzen die engagierte Tätigkeit der Beauftragten für Medienfreiheit, Teresa Ribeiro, einschließlich ihrer eindringlichen Erklärungen, in denen sie den russischen Krieg und seine Auswirkungen auf Journalistinnen und Journalisten, die ihre wichtige Arbeit unter noch nie dagewesenen Umständen leisten, verurteilt und den Aggressorstaat auffordert, Propaganda für Kriegszwecke und nationalen Hass zu unterlassen.

Die Ukraine steht für die Stärkung der Medienfreiheit, die einen wertvollen Beitrag zu Demokratie, Frieden und gemeinsamer Sicherheit im gesamten OSZE-Raum leistet.

Ich ersuche höflich um Aufnahme dieser Erklärung als Anhang in das Journal des Tages.

Danke, Herr Vorsitzender.

1372. Plenarsitzung

StR-Journal Nr. 1372, Punkt 3 (e) der Tagesordnung

**ERKLÄRUNG
DER DELEGATION DER TÜRKEI**

Vielen Dank, Herr Vorsitzender.

Wir schließen uns den anderen Delegationen an und begehnen den Internationalen Tag der Pressefreiheit, der den Teilnehmerstaaten die Gelegenheit bietet, die Lage der Medienfreiheit im gesamten OSZE-Raum zu bewerten.

Kein Land ist vor den Herausforderungen in diesem Bereich gefeit.

Da in der Erklärung, die im Namen der Europäischen Union abgegeben wurde, auf mein Land Bezug genommen wurde, möchte ich erklären, dass wir die Anmerkungen zur Kenntnis genommen haben und sie an unsere Hauptstadt weiterleiten werden.

Herr Vorsitzender,

das Recht auf freie Meinungsäußerung und die Medienfreiheit werden durch unsere Verfassung und die einschlägigen Gesetze garantiert. Die Türkei hat eine sehr lebendige, dynamische und pluralistische Gesellschaft. Dies spiegelt sich auch in der Medienlandschaft wider. Es gibt zahlreiche Medienunternehmen, die sich an verschiedene Gesellschaftsgruppen wenden und unterschiedliche politische, wirtschaftliche und soziale Meinungen vertreten.

Weltweit zunehmende Sicherheitsbedrohungen, insbesondere der Terrorismus, stellen unsere Gesellschaften vor neue Herausforderungen im Hinblick auf die freie Meinungsäußerung. Heute sind viele Demokratien mit ähnlichen Problemen konfrontiert. Vor diesem Hintergrund ist es für uns von vorrangiger Bedeutung, für ein ausgewogenes Verhältnis zwischen der Aufrechterhaltung der öffentlichen Ordnung und Sicherheit einerseits und dem Schutz der freien Meinungsäußerung und der Medienfreiheit andererseits zu sorgen.

Mit den einzelnen Fällen, die von der werten Delegation der Europäischen Union angesprochenen wurden, sind unabhängige und unparteiische Gerichte befasst. Die Gerichte fällen ihre Urteile auf Einzelfallbasis. Es stehen innerstaatliche Rechtsmittel zur Verfügung, darunter das Recht auf Berufung und individuelle Klage vor dem Verfassungsgericht. Daher möchte ich bei dieser Gelegenheit noch einmal darauf hinweisen, dass es wichtig ist,

Äußerungen zu unterlassen, die als Versuch der Beeinflussung von Gerichtsverfahren ausgelegt werden könnten.

Ich möchte auch betonen, dass wir mit der OSZE-Beauftragten für Medienfreiheit, Teresa Ribeiro, eine gute und unverminderte Zusammenarbeit haben. Wir sind entschlossen, diesen fruchtbaren Dialog und die Zusammenarbeit mit ihr fortzusetzen.

Ich ersuche Sie höflich, Herr Vorsitzender, um Aufnahme dieser Erklärung als Anhang in das Journal des Tages.

Danke.